

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Ercheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

Völkische Volksbegehr-Pleite.

Nach Hindenburg läßt sie im Stich.

Berlin, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Das deutschnational-völkische Volksbegehren gegen den Young-Plan dürfte mit einem schweren Scheitern enden. In Berlin haben die beiden ersten Tage zusammen 37.751 Einzeichnungen gebracht, bei einer Gesamtzahl von 3,1 Millionen Wahlberechtigten. In Köln haben sich von rund 500.000 Stimmberechtigten ganze 100 eingezeichnet. Ähnlich steht es in Düsseldorf und anderen Großstädten. Ja selbst Braunschweig, eine Hochburg der Rechtsparteien, brachte es bloß auf 322 Einzeichnungen für das Volksbegehren. Es ist kaum anzunehmen, daß in den restlichen zwölf Tagen, an denen die Einzeichnungslisten noch ausliegen, die Beteiligung wesentlich stärker werden wird. Allerdings können die Deutschnationalen auf dem flachen Lande einen stärkeren Druck ausüben, aber auch das dürfte ihnen keinen Erfolg bringen. Es ist also noch die Frage, ob sich die nötigen vier Millionen Stimmen aufbringen lassen werden, die für die weiteren Etappen, die Vorlage an den Reichstag und die Durchführung des Volksentscheides, aufgebracht werden müssen. Daß sich dann tatsächlich mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten, das sind 21 Millionen, für die deutschnational-völkische Vorlage entscheiden, daran ist nicht im entferntesten zu denken.

Inzwischen haben die Akteure des Volksbegehrens eine schwere moralische Niederlage erlitten. Heute wird amtlich bekanntgegeben, daß Reichspräsident Hindenburg, den die Deutschnationalen früher als einen der Ihrigen reklamierten, dem Reichskanzler gegenüber den § 4 des Volksbegehrens, welcher Reichskanzler und Reichsminister, die den Young-Plan oder ähnliche Verträge abschließen, unter die Anklage des Landesverrats stellt, als einen unsachlichen und persönlichen Angriff bezeichnete, den er verurteilte und bedauerte. Damit ist Hindenburg der Auffassung der Reichsregierung beigetreten, wonach jeder Staatsbeamte seine Pflichten gegen den Staat verleihe, wenn er das Volksbegehren mitmache. Ein Regierungsrat aus Düsseldorf ist deswegen bereits vom Amt suspendiert worden.

Schwere Anschuldigungen gegen Dr. Jar. Stránský.

Donnerstag kam nach längerer Pause der Ehrenbeleidigungsprozeß Dr. Jar. Stránskýs gegen den früheren Verwalter der Güter des Hauses Koburg in der Slowakei, Ing. Rhl., vor dem Brünnner Bezirksgericht wieder zur Verhandlung. Der letztere hatte seinerzeit behauptet, daß Dr. Stránský von einem Wiener Konsortium, an dessen Spitze Dr. Kraus gestanden sei, 200.000 Schilling zur Finanzierung einer Pressekampagne der „Lidove Roviny“ gegen Rhl. erhalten und angenommen habe. Der Vertreter des Angeklagten erklärte sich bereit, den Wahrheitsbeweis für die gegen Dr. Stránský erhobenen Beschuldigungen zu erbringen, und legte die Photographie eines Briefes vor, den ein Dr. Tassler, ein Mitglied des erwähnten Konsortiums, im Jahre 1927 an Dr. Stránský gesendet und dem auch ein Scheck über 200.000 Schilling beigelegt hätte. Der Vertreter des Klägers bezeichnete diesen Brief als gefälscht und bot den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung an. Der Richter ließ die Beweisangebote zu und vertagte die Verhandlung.

Der Krieg am Amur geht weiter.

Totio, 18. Oktober. Nach hierher gelangten Meldungen werden die Kämpfe zwischen chinesischen und Sowjetstreitkräften in der Gegend des Zusammenflusses des Sungari- und Amursflusses fortgesetzt. Amtliche chinesische Meldungen besagen, daß am Dienstag ein erbitterter Kampf in der Richtung auf Sankianglu stattgefunden hat, in dem die chinesischen Streitkräfte geschlagen und ihr Befehlshaber getötet wurde. Die Chinesen verstärken alle Verteidigungsstellungen am Sungari durch Truppen und Flugzeuge.

Blutige Schlappe der Franzosen.

Paris, 18. Oktober. Die Nachricht der Morgenblätter über einen blutigen Zusammenstoß französischer Militärabteilungen mit Eingeborenen in der Nähe der Grenze von Alger, wobei auf französischer Seite im ganzen 50 Mann getötet und 21 verwundet wurden, wird offiziell bestätigt. Es wurden Maßnahmen getroffen um den Eingeborenen den Rückzug unmöglich zu machen.

Wählt Liste 4!

Arbeiter in Stadt und Land, Beamte, Angestellte, Frauen und Männer



wählen

am 27. Oktober

In allen Kreisen der Republik

für Abgeordnetenhaus und Senat die Liste der deutschen Sozialdemokratie

Nr. 4

Hoch das Panier! Hoch Liste vier!

Eine Niederlage Viktor Stern's vor Gericht.

Karlsbad, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Vor einiger Zeit haben die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der Elbogener Gemeindevertretung ihre Mandate niedergelegt und dadurch die Auflösung der Gemeindevertretung herbeigeführt. In einer von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Wählerversammlung sollte das Verhalten der bürgerlichen Parteien entsprechend angezweifelt werden. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien sind zu dieser Versammlung eingeladen worden und auch gekommen. Mit ihnen kamen auch die Kommunisten, die sich den Dr. Stern mitgebracht haben und deren Verhalten dazu führte, daß sich den Angehörigen des Bürgertums ein beschämendes Schauspiel des Kampfes zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bot. Es kam infolge des propagierenden Verhaltens der Kommunisten zur Auflösung der Versammlung. In dem Bericht über diese Versammlung im „Volkswille“ wurde das Verhalten des kommunistischen Versammlungsredners als „eine wahre Gipfelleistung der Unanständigkeit“ bezeichnet und weiter wurde gesagt, „es muß hier ausgesprochen werden, daß es unehrenhaft ist, sich bei diesen Befindungen der Wagen um, ein sonderbares Gefühl in den Schlenk stieg auf und sie hatten tüchtig zu schluden und hinunterzuwürgen, damit sie diesen Kommunisten Stern nicht antöhen. Doch sie ließen Stern's Schimpfsongert zu Ende führen“. Das Verhalten der Kommunisten, die auf diese Weise den Bürgerlichen zu Hilfe gekommen waren und in

der Konwendigkeit entbunden haben, sich zu rechtfertigen, wurde dann auch noch im Leitartikel des „Volkswille“ gekennzeichnet und es wurde dabei die besondere Rolle hervorgehoben, die „der bekannte Rabbinerjohn und ehemals l. u. l. Trainleutnant Stern“ dabei spielte. Die hier mit Gänsefüßchen hervorgehobenen Sätze wurden nun von Dr. Stern zum Anlaß genommen, gegen den verantwortlichen Redakteur des „Volkswille“ Genossen Horn die Ehrenbeleidigungsklage zu erheben. Horn lehnte die Abgabe einer Ehrenerklärung ab und machte sich erbötig, den Wahrheitsbeweis anzutreten, der denn auch durchgeführt wurde. Bei der vor den Egerer Schöffen heute durchgeführten Verhandlung bestätigten die geführten Zeugen, daß die Kritik im „Volkswille“ ihrer Auffassung entsprechend richtig war. Vor allem ein Zeuge, der seit vielen Jahren in der Arbeiterbewegung steht, erklärte, viele bewegte Verhandlungen mitgemacht zu haben, aber daß sich ein Redner derart unanständig aufgeführt hätte, wie der kommunistische, ist ihm noch nicht untergekommen. Auch bürgerliche Versammlungsbesucher bestätigten den Inhalt des Artikels. Nach Durchführung des Beweisverfahrens wurde Genosse Horn von der Anklage freigesprochen und die Kosten dem Privatkläger auferlegt. Das Gericht sah den Wahrheitsbeweis in allen Punkten als erbracht an. Der Artikel enthielt noch Auffassung des Gerichtes nur eine scharfe Kritik aber keine strafbare Handlung. Wenn also der Herr Dr. Stern wieder einmal in eine Arbeiterversammlung kommen sollte, dann wissen die Richter, mit wem sie es zu tun haben.

Mährisch-schlesischer Landesausschuß.

Brünn, 18. Oktober. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des mährisch-schlesischen Landesausschusses wurde die bereits wiederholt angekündigte Ernennung der neuen Mitglieder für den Landeschulrat wiederum nicht vorgenommen. Erledigt wurde eine Reihe laufender Angelegenheiten unter anderem die Pachtanschreibung des Landesrestgutes in Hystez, weiter wurde für die Landestrankeanstalten in Trop-

pau zum Ordinarius der Augenabteilung Dr. Sabata ernannt und dem Dr. Fabian das Definitivum und der Titel eines Primararztes erteilt. Der Errichtung, respektive Belassung einer Reihe von Parallelklassen an Volks- und Bürgerichulen wurde die Zustimmung erteilt. Weiter wurde eine Reihe von Meliorationsfragen erledigt. Die nächste Sitzung des Landesausschusses, in der die Verhandlung über den Voranschlag für das Jahr 1930 abgefaßt werden soll, wurde für den 25. Oktober festgesetzt.

„Hereinzerrung der Religion in die Politit.“

„Was hat Christus, der König, mit den Wahlen zu tun? . . . Sehr viel! Bei den Wahlen wird entschieden, ob Christus auch bei uns endlich wieder zu Ehren kommen und als König anerkannt werde oder nicht.“
„Katholische Volksbundsblätter.“

Solange deutsche Landbändler und Christlichsoziale gemeinsam am Regierungstisch saßen, sich an den „großen Knödeln“ gütlich taten und einträchtig tiefe Griffe in die Taschen des Volkes machten, bereitete ihnen die Frage, wer von ihnen christlicher sei, weiter keine Sorgen. Aber jetzt in der Wahlbewegung ist das anders. Die Hoffnung, daß sie auf Grund ihrer sozialen Taten allzu viele Wählerstimmen aus Arbeiterkreisen gewinnen könnten, haben die Christlichsozialen selber aufgegeben und darum mobilisieren sie, in größerem Umfange als jemals früher die Religion, um vielleicht doch noch die Stimmen einiger gläubigen Seelen zu gewinnen. „Christus, der König“ als Agitationsmittel für das schosle politische Geschäft der Christlichsozialen — das wurmt die Landbändler sehr und sie werfen ihnen nicht nur vor, daß sie den „Judenstammung Mayr-Harting“ zum Parteichef haben, sie ziehen auch das Christentum der Christlichsozialen in starken Zweifel und streichen ihre eigene angeblich wahre christliche Gesinnung umso stärker heraus. Bei der Umschau nach Beweisen für die Unchristlichkeit der Merkmalen und der Kirche haben die Landbändler sogar in der Geschichte nachgeblättert — sie hätten auch in der allerjüngsten Geschichte die beredtesten Beweise finden können — und weisen an der Hand der Bauernkämpfe des Mittelalters und an der Behandlung der Bauern durch die katholischen Mönche zur Zeit der Leibeigenschaft nach, „daß selbst von kirchlicher Seite der christliche Grundgedanke der Nächstenliebe sehr oft mit Füßen getreten wurde“. Unter den Ermahnungen, welche die Landbändler ihren bisherigen christlichsozialen Koalitionsbrüdern erteilen, ist auch der, sie mögen nicht fortsetzen, „falsches Zeugnis wider den Nächsten“ geben, aber es scheint, daß sie im Interesse der christlichen Politik „auch eine kleine Unchristlichkeit für erlaubt halten“, da sie wissen, daß sie für ihre falschen Zeugnisse bei der Losprechung nur eine ganz kleine Buße zu gewärtigen haben. Die Christlichsozialen wieder erklären demgegenüber, der Vorwurf, daß sie die Religion in den Wahlkampf hineinzerrten, sei eine „alte Kanone“ und die But der Landbändler und anderer ihrer Gegner rühre nur daher, daß die Christlichsozialen so „mutig“ sind, eine Lösung der sozialen Frage nach christlichen Grundfragen zu verlangen. Man weiß nicht, wenn man den Krieg zwischen den Schwarzen und Grünen verfolgt, ob einem das Lachen näher ist oder — das Speien.

Nach allem was herbe, Christlichsoziale wie Landbändler, in den letzten Jahren am Volke verbrochen haben, nach den Werken der Schande, die vom Christentum etwa so weit entfernt sind wie der Sirius von der Erde, sich beiderseitig den Rang des besseren Christen streitig zu machen, dazu gehört eine Unverfrorenheit, deren gigantische Ausmaße geradezu Bewunderung abzwängen. Nun, bei den Landbändlern weiß man, daß ihr Bedürfnis, als die besseren Christen zu gelten, am Wahltag eine beträchtliche Reduzierung erfahren wird. Die Christlichsozialen dagegen betreiben den religiösen Seelenkampf zur Verdeckung ihrer politischen Geschäfte jahraus jahrein und so lohnt es sich schon auf ihre Verheißung, durch Gewinnung von politischer Macht „Christus, den König“ zu Ehren zu bringen, etwas näher einzugehen.

Wer also christlichsozial wählt, der hilft „Christus Königstum“ auf Erden errichten? Welch freche Blasphemie, Christus, der mit gebundenem Strick die Wechßler und Krämer mit den Worten: „Mein Haus ist ein Bethaus, ihr aber habt es zur Mördergrube gemacht“ zum Tempel hinausjagte, zum Wohl-

agitator des Mahr-Garting und seiner Partei zu machen! Dem Königtum Christi wollen sie dienen, aber wo und wann haben sie das jemals wirklich getan! Man braucht, um zu erkennen, welchem Königtum die Merkmalen dienen, nicht weit in die Vergangenheit zurückzukehren, die Erfahrungen, welche die lebende jüngere Generation gemacht hat, genügen ausreichend. Immer war es nur das Königtum des Gottes Mammon, das sie beweihräucherten, ihm dienten und es stützten. Vor einem Dutzend Jahre raste ein unheilbarer Krieg über Europa dahin, der Millionen junger, zukunftsreicher Menschen vernichtete. Hat man jemals inmitten dieses ärgsten aller Kriege der Weltgeschichte von den Christlichsozialen ein Wort der Liebe zu den „Feinden“ gehört? Waren sie nicht die fanatischsten Kriegshäher und haben sie nicht den Krieg als das „Stahlbad der Völker“ gepriesen, das die dem Willen Gottes zu danken haben? Christus? Was sind ihnen seine Lehren? Wann hat je die Christlichsoziale Partei die zehn Gebote zur Richtschnur ihres politischen Handelns gemacht? Zehn Gebote? Es war der Christlichsoziale Prälat Seipel, der einem Theologen, als dieser die Merkmalen zur Befolgung der zehn Gebote im öffentlichen Leben aufforderte, die höhnische Antwort gab: „Die zehn Gebote sind kein Parteiprogramm.“ Das sind sie wirklich nicht, am allerwenigsten das der Christlichsozialen! Aber wie soll man dies nennen: die zehn Gebote verleugnen, ihre praktische Anwendung in der Politik negieren und dennoch das „Königtum Christi“ errichten zu wollen? Wie anders denn als freche und frivole Heuchelei, die nicht einmal davor zurückschreit, das, was die Merkmalen den Gläubigen als das Heiligste hinstellen, zu schmutzigen Wahlmanövern zu benutzen.

Man beisehe sich einmal diese Streiter für das Königtum Christi! In Oesterreich sind sie die politischen Exponenten des Bankenverbandes, der Großgrundbesitzer, der Rothschilds und Siegharts, von diesen lassen sie ihren Wahlfonds speisen, sie zernern über die in Wien von den Sozialdemokraten durchgeführte Besteuerung des Reichtums und des Luxus, dort haben die Seipels die Heimwehr mit staatlichen und mit den Mitteln der Ausbeuter aufgepöppelt, jene Heimwehrverbände, welche das Volk mit Maschinengewehren und Gasbomben dem Kapitalismus botmäßig machen sollen; daß indessen diese Verbände heute schon auch den Christlichsozialen über den Kopf wachsen und deren Verammlungen sprengen, kann an dieser Tatsache nichts ändern. Jede soziale und humanitäre Großtat der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung von Wien wird von den lauberen Verkündern des Königtums Christi verhöhnt, verspottet, verkleinert, das großzügige Bauen von Volkswohnungen zur Bannung der furchtbaren Wohnungsnot erweist bei ihnen nur nörgelnden Haß.

Aber bleiben wir im engeren Kreise. Dreieinhalb Jahre haben die Christlichsozialen an der Macht im Staate teilgenommen und ausgiebig erkennen lassen, wie sie sich das Königtum Christi vorstellen, in dem nach ihrer Terminologie alle Menschenkinder ohne Unterschied wieder mit dem Bande gemeinsamer

Gotteskindschaft umschlungen ein glückliches Leben erreichen sollen. Den Weg dazu haben sie mit Hungerkassillen gepflastert, aus der Kongruenzerhöhung seelische und leibliche Stärkung geschöpft, durch Mithilfe an der Erwürdigung der Selbstverwaltung der Gemeinden haben sie den Armen und Hilfsbedürftigen die ihnen zuteil gewordene kommunale Fürsorge verflüchtigt. Ihr christliches Herz hat nicht jaghaft geschlagen, als sie mit einer Hand dabei halfen, daß den reichen Bankherren, den Industriegewaltigen und Großgrundbesitzern viele Millionen an Steuererlösen gemacht wurden, während sie mit der anderen Hand in die Taschen der Armen hineinlangten und ihnen mit der Zuckersteuererhöhung und der sogenannten Steuerreform die schwer erarbeiteten laugen Lohngrößen kürzten.

Die Christlichsozialen wissen, warum sie

bei jedem Wahlkampf die Religion zu einem Requisit ihrer Demagogie machen. Damit soll verpfeffelt gemacht werden, daß ihre einzige „christliche“ Betätigung die als Wächter an den Geldsäcken der Reichen seit eh' und je gewesen ist. Ihre Gefolgschaft soll nicht erkennen, daß während sie aufgefördert wird, für die Errichtung des Königtums des Nazareners den Stimmzettel in die Urne zu werfen, sie in Wahrheit jenen helfen soll die Riemen aus der Haut des Volkes geschnitten haben und wieder schneiden würden, wenn ihnen das Wahlschlück wohlwollen sollte. Ob Landbündler oder Christlichsozial die besseren Christen sind, das wird hauptsächlich die Wählerschaft mit dem Stimmzettel in einer Weise entscheiden, das beiden Hören und Sehen vergeht und beide erkennen, daß alle Langmut eine Grenze hat!

Die Wahllügen der Landbündler!

Mit infamen Lügen wollen die Landbündler ihre Schandiaten vergessen machen!

Sofort nach Ausschreibung der Wahlen gingen die Landbündler daran, durch Aufrufe und Zeitungslügen die Wähler von ihren im Bürgerblod an der deutschen Bevölkerung begangenen Schandiaten abzulenken. Das Blatt der deutschen Landbündler in Brünn, der „Deutsche Landruf“ brachte in seiner „Folge 41“ vom 8. Oktober 1929 einen großaufgemachten Artikel, in dem er mit einer ganz offensichtlichen Wahllüge den Landwirten plausibel machen wollte, daß die Sozialdemokraten die wütendsten Hasser des Landvolkes seien.

Der Artikel im „Deutschen Landruf“

„Eine sozialdemokratische Abgeordnete, die eine schlechte Ernte wünscht.“

betitelt war, enthielt einen angeblichen Ausspruch der Reichstagsabgeordneten Genossin Wurm (Deutschland), nachdem sie „in ihrem hysterischen Haß gegen die Landwirtschaft“ ausgerufen haben soll:

„Ich wünsche nur das eine, nämlich, daß die Ernte möglichst schlecht wird, damit wir in unserem Kampfe gegen die Agrarzölle recht behalten!“

Wir haben uns nun an die Genossin Wurm gewendet und ihr dieses feine Blatt, das diese infame Lüge beinhaltet, zur Aeußerung eingesandt. Nun erhalten wir von der Genossin Wurm einen Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des deutschen Reichstages, in dem es heißt:

„Reichstag. — 337. Sitzung, Freitag, den 8. Juli 1927.“

Zweite Beratung der Gesetzentwürfe über Zolländerungen, über Erhöhung des Zuckersolles, über Änderungen des Zuckersteuergesetzes, verbunden mit der Beratung des Mündlichen Berichtes

Wähler und Wählerinnen! Deutsches Landvolk! Wollt ihr, daß diese Partei neuerdings über euer Wohl und Wehe bestimmen darf? Gebt diesen Lügern und Verleumdern am 27. Oktober die einzig richtige Antwort:

Wählt die Liste der deutschen Sozialdemokraten!

tes des 21. Ausschusses über den Antrag Feßl etc., betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfes über Zolländerungen, und über den Gesetzentwurf Müller (Franken) über Zolländerungen.

Frau Wurm (SPD) Seite 11405.

„... Die Steigerung der Produktion an lebenden Schweinen beruht in der Hauptsache auf der guten Ernte des Jahres 1925. Viele der Herren Großgrundbesitzer stehen ja schon längst zum Himmel: „Der Herr besetzte uns bloß keine gute Ernte!“ Denn wenn es eine gute Ernte gibt, fallen die Preise.“

(Unruhe und entrüstete Zurufe rechts. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei: „Das sagt eine Frau hier im Reichstag!“)

„... Jawohl, eine Frau sagt das hier im Reichstag, weil es in der Tat vielfach so ist...“

Wer also wünschte eine schlechte Ernte? Die Herren Großgrundbesitzer und einzig sie allein, weil sie dann, wenn es eine schlechte Ernte geben würde, sie mit ihren Preisen die Bevölkerung weiter bedenken konnten. Und die Landbündler, die sich gerade jetzt während der Wahlzeit nicht vor ihre Wähler trauen, da sie den Volksgorn fürchten, sie machen daraus eine

ganz niederträchtige und infame Wahllüge!

So sieht der Kampf der Landbündler aus! Zu Wahllügen müssen sie ihre Zuflucht nehmen, zu Beschimpfungen der Sozialdemokraten, damit sie überhaupt den Wahlkampf führen können! Wirklich eine Methode, die mehr als alles andere aufzeigt, wohin es eine Partei gebracht hat, die auf ihre Regierungsfähigkeit sich so viel zugute hält!

Noch eine Persönlichkeit:

Der Herr Senator a. D. Oberleitner.

Der bisherige deutschnationale Senator Oberleitner hat auf seine Wiederwahl verzichtet — vielleicht in der Ueberzeugung, daß er ohnehin einer von denen sein würde, die über Bord gehen. Aber in der süddeutschen Politik ist das nun einmal so; wenn einer abgeht, tut er's mit Stalbal oder mindestens mit prophetischen Warnungen. Also hat auch Herr Oberleitner zum Abschied seinen Parteigenossen einen offenen Brief geschrieben, in dem er sich mit der Politik der Nationalpartei auseinandersetzt, die dem „Phantom“ der Selbstbestimmung nachjagt und nicht weiß, wie sie ihre Forderung verwirklichen solle.

Der Herr Oberleitner mag ja recht haben. Es ist kein Kunststück, den Deutschnationalen nachzuweisen, daß sie verrotten haben, daß sie von der Vergangenheit leben und nicht wissen, was sie wollen. Das kann heute jedes Kind. Dazu braucht man nicht das nachhinlende Gefändnis eines Senators. Und es ist kindisch von der aktivistischen Presse aller Richtungen, mit dem Brief des Herrn Oberleitner hantieren zu gehen. Man muß doch bei dieser Gelegenheit einmal sagen, wer Herr Oberleitner war. Jener Senator nämlich, der dafür bekannt war, daß er nur zur Diätenauszahlung im Senat erschien. Wenn Diäten ausbezahlt wurden, hieß es in den Couloirs: Heute muß doch auch der Oberleitner hier sein. Er war da, pünktlich, verlässlich. Aber wer da glaubt, Oberleitner hätte darum auch die Sitzung des betreffenden Tages besucht, der täuscht sich. Das kam nicht vor. Und in der letzten Periode seit 1925 hat er wohl kaum einmal das Wort ergreifen. Wenn dieser unbekannt Diätenbezieher sich nun durch einen Abschiedsbrief dem Gedächtnis der Zeitgenossen auf einige Wochen einprägen möchte, lasse man doch den Ruf einer Reklame, die aus ihm einen Politiker macht!

Um die Nationalpartei abzutun, die höchstens noch das Selbstbestimmungsrecht der Bauern vertritt, bedarf es wahrlich keiner besonderen Sensationen. Und dem Herrn Oberleitner zur Bedeutung einer unverständenen „Persönlichkeit“ zu verhelfen, fehlt jeder Anlaß.

Staatsangestellte und Wahlen.

Die deutschen Staatsangestelltenverbände haben kürzlich angekündigt, daß sie den Parteien zehn Fragen vorlegen und nach deren Beantwortung ihren Mitgliedern Weisungen für die Wahl geben würden. Während nun diese Fragen im „Tag“ bereits von der nationalsozialistischen Partei beantwortet werden, hat die sozialdemokratische Partei die betreffende Zuschrift bisher noch nicht erhalten. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß hier mit der Zustellung der Fragen etwas nicht zu stimmen scheint. Will man etwa den Sozialdemokraten keine Anfrage schicken und ihnen dann aus der Nichtbeantwortung einen Strid drehen? Wir hoffen, daß man sich rechtzeitig auf ein korrektes Vorgehen besinnen wird.

Im übrigen werden alle politisch informierten Staatsangestellten auch ohne ausgefüllten Fragebogen wissen, daß sich die Sozialdemokratie jederzeit energisch für die Rechte und Forderungen der Staatsangestellten eingesetzt hat.

Ein brasilianisches Mietshaus.

Roman von Luizjo Azebedo. 45

Alexandre war ein gewissenhafter Beamter, der seine Pflicht eifrig und zur allgemeinen Bewunderung ausführte, aber es waren immer ein oder zwei Kapentöpfe aus seiner Liste von Delinquenten, die vor den Untersuchungsrichter gerufen und mit einer Geldbuße bestraft werden mußten. Die anderen Polizisten gehörten ebenfalls dieser oder jener Partei an. Der Beamte, der in Joao Romas „Taverna“ ein Glas Wein annahm, mußte weiter oben eine ähnliche Bewirtung ablehnen. Die Kapentöpfe hielten mitten auf ihrem Hof eine gelbe Flagge, die Stockfische erwiderten durch Aufziehen einer roten. Die beiden Farben sahen einander herausfordernd an. Ein Kampf war unvermeidlich, er war nur eine Frage der Zeit.

Sobald das neue Siedlungshaus beziehbar war, ließ sich Firmo mit seinem Freund Porfiro darin nieder, allen Einwendungen Ritas zum Trotz, die sich lieber von Firmo trennen, als ihre alten Freunde und Nachbarn im Stiche lassen wollte. Von nun an herrschte Zwietracht bei dem Liebespaar, und sie trafen sich seltener und nur unter Schwierigkeiten. Nichts in der Welt konnte Rita bewegen, „Kapentopf“ zu betreten. Und Firmo war durch sein neues Bündnis bei den Stockfischen weniger beliebt denn je. Daher trafen sie sich immer an einem neutralen Ort, in der Rua Baptista. Der Schlosser erwiderte auf Ritas Vorwürfe, daß er zu den Kapentöpfen gezogen sei, weil er dort vor Verfolgung und Strafe für seine Messerschere mit einem Stockfisch am sichersten wäre, denn Jeronymo würde sich, wenn er wieder ganz hergestellt war, bekümmert an ihm rächen wollen, und dann könnte

Firmo die Hilfe der Kapentöpfe brauchen. In seiner neuen Bleibe wurde Firmo rasch populär und galt als Führer, denn die Kapentöpfe waren entzückt von seinen gesellschaftlichen Talenten und ließen sich von den Erzählungen seiner früheren Schurkenstreiche verblüffen. Mit ihm als kommandierendem General und mit Porfiro als seinem Adjutanten meinten sie für jede Eventualität gerüstet zu sein.

Aber nach Ablauf von drei Monaten kam Joao Romas zu der Ueberzeugung, daß das neue Haus seinem Geschäft nicht geschadet, sondern es im Gegenteil durch den stärkeren Verkehr auf der Straße belebt hätte. Daher richtete er seine Gedanken wieder auf Miranda, den einzigen Rivalen, der die Macht besaß, in dem Schankwirt Reid zu erregen.

Zeit Miranda seinen Titel trug, machte sich bei Joao Romas eine wunderbare Veränderung geltend, die all seine Bekannten in Erstaunen setzte. Er hatte sich von einem guten Schneider Anzüge machen lassen, sah jetzt am Sonntag in sauberem weißen Rod vor seinem Lokal, trug Strümpfe und Schuhe und las die Zeitung. Nachmittags ging er adrett gekleidet auf der Küstepromenade spazieren. Er ließ sich regelmäßig vom Friseur rasieren, ließ seinen säublich gestutzten Schnurrbart mit Brillantine ölen und veränderte seine Sitten merklich. Er wurde „Ritalied eines“ Tanzklubs und nahm zweimal wöchentlich Stunden. Er trug eine Uhr mit goldener Kette; er ließ sein Schlafzimmer neu herrichten und bemalen und kaufte unter der Hand ein paar neue Möbel; er ließ sich eine einfache Duschle legen, und mit manchem Schauer, aber mit spartanischem Mut gewöhnliche er sich daran, sie zu benutzen. Er ließ sich vor seinem Lokal einen Tisch mit Tischstuch und Serviette decken und trank Wein aus Essen — nicht den aus Kässern, der den Arbeitern serviert wurde, sondern Wein, den er für sich speziell kistenweise

kaufte. An Feiertagen ging er in den Park, dinierte in einem feinen Restaurant und ging dann ins Theater Pedro de Alcantara. Seit drei Jahren war er auf das „Jornal do Commercio“ abonniert, und jetzt nahm er noch zwei andere Zeitungen dazu und las ins Portugiesische übersehte französische Romane. Mitham erarbeitete er sich hindurch, weil er überzeugt war, daß das zu seiner Bildung beitrug.

Er hatte jetzt drei Angestellte, bediente die Stunden nicht mehr persönlich und war selten hinter dem Ladentisch zu sehen. Bald fing er an, den Hut im Nacken und einen Regenschirm unter dem Arm, an der Börse und in verschiedenen Banken der Rua Direita zu erscheinen. Allmählich investierte er sein Kapital in englischen Papieren, kaufte sich allerhand Aktien und vertiefte Geld, aber jetzt nur gegen gute Sicherheit.

Mirandas Benehmen war jetzt ebenfalls ganz verändert. Er spielte nicht mehr den Wüster, sondern küstete den Hut und lächelte freundlich, und wenn er seinem Nachbar auf der Straße begegnete, blieb er stehen, um ein paar Minuten mit ihm zu plaudern und den Schankwirt aufzufordern, ihn doch zu besuchen. Ganz besonders lud er ihn zu Dona Estellas Geburtstag ein, der gerade herannah, aber Joao Romas lehnte dankend ab.

Bei Bertolosa machte sich keine solche Veränderung bemerkbar. Sie war immer noch die fettige schmierige Regerin von früher, die von Tagesanbruch bis zum Schlafengehen vollkommen in der Arbeit steckte und keinen Sonntag oder Feiertag kannte. Sie hatte keinen Teil an der Entwicklung ihres Freundes. Im Gegenteil, sie mehrte er an sozialer Bedeutung zunahm, um so tiefer schien die niemals murrende Magd zu sinken. Sie war wie ein abgearbeiteter Gaul, der von seinem Reiter im Stich gelassen und verossen wird, wenn er ihn nicht mehr tragen kann. Und allmählich wurde sie melancholisch

Botelho freudete sich sogar noch intimer mit Joao Romas an als Miranda. Niemals ging der alte Schmarotzer an dem Laden vorbei, ohne einen Augenblick stehenzu bleiben und den Budiser mit irgendeiner schmeichelnden Phrase zu begrüßen. Gewöhnlich erwiderte der Gegenstand dieser Aufmerksamkeit herzlich, drückte dem alten Kerl die Hand und lud ihn zu irgendeinem Getränk ein — ja, wirklich, Joao Romas konnte jetzt einem Freunde etwas zu trinken anbieten.

Aber der alte Botelho war nie ohne Grund lebenswürdig zu irgendwem; als die beiden also eines Nachmittags vor Tisch zusammen spazieren schlenderten, erzählte der alte Strolch in seinen üblichen hohen Tönen von seinem Freunde, dem Baron und von der tugendhaften Gattin des Barons, und dann sah er seinen Gefährten vielfach an.

„Aber Sie interessieren sich mehr für die Junge, nicht wahr, Herr Joao?“

„Wie denn, für was für eine Junge?“

„Na, glauben Sie etwa, ich bin nie verliebt gewesen?“

Der Budiser versuchte, alle romantischen Ideen abzuleugnen, aber der alte Kerl ließ seine Einwände nicht gelten.

„Es wäre eine gute Partie für Sie — ein prächtiges Mädel, — geartet wie eine Taube, — erzoget wie eine Prinzessin, — kann sogar französisch, spielt Klavier, — singt auch, — zeichnet sehr geschickt, — macht schöne Handarbeiten — und“, dabei senkte er die Stimme, „alles übrige ist vollkommen solide, — Grundstücke und Bauguthaben.“

„Wissen Sie das ganz genau — wissen Sie es positiv?“

„Positiv — habe es mit eigenen Augen gesehen, auf Ehrenwort.“

Einen Augenblick schwiegen sie still, dann fuhr Botelho fort:

(Fortsetzung folgt.)

Denkt an die Arbeit, für die!

Die Arbeiterfürsorge ist die von den Arbeitern selbst geschaffene Organisation zur Verbesserung proletarischen Lebens. Wendet euch in der Bedrängnis an die „Arbeiterfürsorge“! Trete den „Arbeiterfürsorge“-Bereinen bei! Gründet in allen Bezirken Vereine!

Die gebundenen Listen.

In dem Wahlkampf wird, besonders auf tschechischer Seite, nun aber auch schon auf deutscher, wo wie immer das „Prager Tagblatt“ auf diesen Schlagler hereinfällt, unnötig viel über die „gebundenen“ Listen diskutiert. Das Schlagwort hat Jiri Strizbrub, der verlegen war, irgendein Argument für sein überflüssiges Wiederankommen in der politischen Arena zu finden, unter die baldenden Parteien geworfen und es ist charakteristisch für die Zerfahrenheit, mit der die Bürgerparteien den Wahlkampf führen, daß sie fast ausnahmslos auf das Schwort eines Boulevardjournalisten reaktiviert und häufig über eine Sache debattierten, die ihrem Wortführer wahrscheinlich die geringsten Sorgen verursacht.

Man wendet gegen die gebundenen Listen, bei denen also ein Kandidat entweder nur den ganzen Wahlvoranschlag der Partei oder diese Partei gar nicht wählen kann, mit Vorliebe ein, daß „Persönlichkeiten“ eigener Prägung ausgeschaltet und die Parteien mit übergroßer Macht ausgestattet würden. Aber selbst bei einem ausgesprochen individuellen Einwahlsystem werden sich immer nur Leute durchsetzen, hinter denen entweder der politische Apparat einer Partei steht, oder die Geld genug haben, um sportshalber einmal eine Kandidatur zu riskieren (das erleben wir ja bei Gemeinderwahlen), oder endlich solche, die eine lokale Berühmtheit besitzen. Man erinnere sich nur, welche „Individualitäten“ das alte Parlament anwies! Einen Grafen Sternberg etwa, der den Hauswurst des Reichsrats abgab, aber mit einigen ähnlichen Figuren aus Galizien lange Zeit die Mehrheitsbildung entscheidend beeinflusste! Glaubt man wirklich, daß ein Parlament wie das tschechoslowakische, das zu den parteifreiesten der Welt zählt, und in dem mehr als irgendwo die großen Kräftezentren fehlen und die kleinen Gruppen wichtig werden, es noch nötig hat, durch ein Einwahlsystem, bei dem obendrein die nationalen Minderheiten schwer dranzufallen müßten, ein Duzend Narren ins Parlament zu bringen, die durch Stimmenkauf oder lokale, oft auf Geruchstraten nun beruhende, Popularität das Mandat erlangen? Und sieht man einen so großen Gewinn darin, wenn der Wahlkampf wieder von Mann zu Mann und dementsprechend persönlich, unsäglich, gehässig geführt wird?

Will man aber beim Proporz bleiben, und nur die gebundene Liste durch eine freie Liste ersetzen, so weiß man erst nichts was und wie man etwas reformieren soll. Das „Banalisieren“ und „Köpfen“, das in der Schweiz erlaubt ist, also die Streichung einzelner und die Hinzufügung neuer Kandidaten, hat sich dort als ein Mittel ärgster Demagogie erwiesen. Wenn zum Beispiel eine Partei einen Führer der Gegenpartei um sein Mandat bringen will, so veranlaßt sie eine Anzahl ihrer Wähler, die gegnerische Liste abzugeben, aber zu köpfen. Es werden etwa auf die Liste der Sozialdemokratie 20.000 Stimmen abgegeben. Aber auf 500 dieser Listen, die eben von Parteigeignern stammen, ist der Name des Listenführers gestrichen. Er hat bei der Zählung weniger Stimmen als jeder der anderen Kandidaten, die noch auf der Liste stehen und nicht gestrichen wurden; also fällt er durch. Soll die Streichung eines Kandidaten aber einen Sinn haben, so müßte sie von einer organisierten Opposition, also wieder von einer Partei oder doch einer Parteifraktion vorgenommen werden. Wenn diese Fraktion aber stark genug ist, einen Feldzug gegen die eigene Liste zu organisieren, dann wird sie auch stark genug sein, auf der gebundenen Liste ihre Wünsche durchzusetzen. Im umgekehrten Fall, bei dem Versuch, einen nicht aufgestellten Kandidaten in die Liste hineinzuwählen, wäre aber erst recht wieder eine Partei nötig, die dafür sorgt, daß der neue Kandidat die nötigen Zehntausende Stimmen erhält. Daß jeder Wähler nach seinem Privatgeschmack beliebige Namen auf die Listen schreibt, würde nur die Zählung erschweren, hätte aber nicht den geringsten Wert.

Eine andere Frage ist die jetzt in Oesterreich angeschüttelte der kleineren Wahlkreise. Daß unsere Wahlkreise (besonders bei den Landeswahlen) unvernünftig groß sind, steht außer Zweifel. Aber in einem Lande mit rund 30 politischen Parteien und mit fünf Nationen ist es äußerst schwer, kleine Wahlkreise zu konstruieren, in denen dann womöglich überhaupt kein Kandidat im ersten Wahlgang die nötige Stimmenzahl erhalte und vor allem, was die Gegner der gebundenen Liste doch wollen, die kleinen Gruppen durchdringen könnten.

Im tschechischen Lager kann man Strizbrub antworten, daß er selbst ja ebendam auf gebundenen Listen gewählt wurde und er könnte erwidern, daß eben das bedenklich stimmen muß. Auf deutscher Seite sollen die Kritiker doch erwidern, daß die „Persönlichkeit“ des Herrn Rakfa war nie Aussicht hätte, durch ungebundene Listen gewählt zu werden, daß sie aber 1920 und 1924 auf gebundenen Listen sicheren Unterstand fand.

Der kommunistische Bergarbeiterwahlputsch.

Kommunistische Lügen und Verleumdungen.

Die Situation im nordwestböhmischen Revier ist am Freitag im großen und ganzen gegenüber dem Vortag unverändert. Die Putschisten versuchten es, auf mehreren Schächten mit Terror, die Belegschaften zum Streikanschluß zu bewegen. Diese Versuche sind im großen ganzen von den Belegschaften abgewiesen worden. Am Elbtschacht und Grohmannschacht sind heute auch größere Teile der Belegschaften eingezogen (140 und 160 Mann), dagegen haben sich am Blutoschacht und Bihlschacht Teile der Belegschaften dem Streik angeschlossen. Als ganz noch im Streik befindlich kann der Johann I. Schacht in Bruch bezeichnet werden.

Am 16. Oktober 1929 ist es nach Berichten zu Zusammenstößen zwischen kommunistischen Bergarbeitern und Gendarmen in Truppschlag gekommen. Einige hundert Bergarbeiter zogen von Bartelsdorf über Seestabil nach Holtzsch, um zum Anna-Andreaschacht zu marschieren. Sie wurden auf dem Wege von Gendarmen aufgehalten, wobei es nach den Berichten der kommunistischen Zeitungen zwei Verletzungen gab.

Was aber die 4-500 Kommunisten am Andreas-Annaschacht in Truppschlag wollten, das vermag die kommunistische „Internationale“ mitzuteilen. Die Kommunisten nehmen das zum Anlaß, um die Sozialdemokraten zu verleumben, als ob sie irgendwas oder irgendwann nach Gendarmereischuß verlangt hätten. Trotz sehr zahlreicher kommunistischer Terrorakte ist dies selbstverständlich nirgends geschehen!

Daß die Kommunisten in einer solchen Situation lügen und verleumben, daß sich die

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Gendarmen.

Präg, 18. Oktober. Das Tschchoslowakische Presbüro meldet: Gestern abends gegen 10 Uhr erschienen vor dem Alexander-Schacht in Neudorf-Berlich ungefähr 500 kommunistische Demonstranten, welche die Parole „Sturm auf den Alexander“ ausgegeben hatten. Die Gendarmenparouille, die den Schacht sicherte, hatte anfangs einen sehr schweren Stand. Durch eine von der Brüxer Bezirksbehörde, welche von den Vorfällen Kenntnis erlangt hatte, sofort entsandte Gendarmenverstärkung, die in Lastautos zum Alexander-Schacht gebracht wurde, gelang es, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen und die Demonstranten zu zerstreuen. Bei dieser Demonstration wurden durch Steinwürfe ein Gendarm am Kopfe erheblich, ein zweiter leicht verletzt.

Ein Schlagler, mit dem sie nicht weit kommen werden...

„Die deutschen Sozialdemokraten wollen in die Regierung.“

Unter dem apostrophierten Titel bringen Freitag die beiden Prager Organe des V. d. L. die Meldung, die sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Heller und Kremser hätten sich — der eine in Abertam, der andere in Tischau — für den Eintritt der deutschen Sozialdemokratie in die Regierung ausgesprochen. Es erübrigt sich, auf die aus dem Zusammenhang gerissene Darstellung der beiden Landbündlerblätter einzugehen. Hier sei nur auf den Dreh hingewiesen, mit dem die agrarische Presse die zitierten, angeblichen Aussprüche sozialdemokratischer Parteiführer zur Rechtfertigung agrarischer Schandakten ausnutzen möchte.

Die „Landpost“ Spinas findet: „Das heutige Eingeständnis und die jetzige Stellungnahme der deutschen Sozialdemokraten ist darum doppelt wertvoll.“

Hier ist der Beweis wieder erbracht, daß der politische Weg des Bundes der Landwirte der richtige war.

Es ist aber auch der Beweis erbracht, wohinaus die deutschen Sozialdemokraten mit ihren Angriffen gegen die bisherige Politik des Bundes der Landwirte wollten.“

Auch wenn die deutschen Sozialdemokraten dahinaus, nämlich „in die Regierung wollten“ — in die des Bürgerblocks doch auf keinen Fall — so wäre damit noch lange nicht erwiesen, daß der Weg des Landbundes der richtige war. Was haben wir den Landbündlern vorgeworfen? Niemals, daß sie in die Regierung eingetreten sind, sondern immer nur, daß sie unter Preisgabe der nationalen Forderungen, mit denen sie vor den Wahlen hantieren gingen, das Bündnis mit dem tschechischen Kapital schloffen; immer nur, daß sie ihre Regierungsmacht benutzt haben, um nationale Klaffenpolitik gegen die Interessen ihrer Wähler zu machen; immer nur, wie sie regiert haben, nie, daß sie regiert haben, war Gegenstand der Angriffe gegen sie. Sie mögen sich also gefälligst auch nur gegen diese Vorwürfe verteidigen.

Noch plumper aber kommt das andere agrarische Blatt, Rakfa „Bohemia“. Sie magt

Ballen biegen, ist eine alte Erscheinung, um besonders gewürdigt zu werden. Sie organisieren einen Streikputsch als Wahlmanöver mit dem Motto:

„Der Hauptschlag dabei muß gegen die Sozialfaschisten geführt werden!“

Und diese kommunistischen Arbeitervertreter wagen es, jene Leute, die den Putsch nicht mitmachen, als „Streitbrecher“ zu bezeichnen und von „organisiertem Streikbruch“ zu jafeln!

Die kommunistische „Internationale“ verschweigt aber gar nicht, daß es sich eigentlich um gar keinen Lohnkampf handelt, sondern vorwiegend um einen

„erklaßlich politischen Kampf, einen Kampf gegen den Sozialfaschismus“ und imperialistischen Krieg, der bis zu seiner höchsten Form, bis zum politischen Waffenstreik, erweitert werden muß.“

Daß sie dadurch — und gerade dadurch — den ersten Kampf der Bergarbeiter um Verbesserung ihrer Lebenshaltung schwerer schädigen und erschweren, ist den Kommunisten natürlich, wie schon immer, völlig gleichgültig, denn so dumm sind sie wahrlich nicht, um dies nicht zu begreifen. Die Herren Kommunisten sollen ihren politischen Streik gegen die Sozialdemokratie als Wahl Schlagler führen und verantworten, den so notwendigen Lohnkampf der Bergarbeiter werden sie aber trotzdem nicht verhindern!

Ob auch Demonstrationen Verletzungen erlitten, ist bisher nicht bekannt.

Heute vormittag wiederholten die Kommunisten ihre Demonstrationen vor dem Alexander-Schacht. Eine Anzahl zur Arbeit gehender Bergarbeiter wurde von den Demonstranten aufgehalten und angegriffen. Als Gendarmen erschienen, zogen sich die Kubistoren zurück. Die Arbeitswilligen kamen jedoch aus Furcht vor weiteren Terrorakten der Kommunisten nicht wieder auf den Schacht.

Auch in Bruch kam es gestern nachts gegen 11 Uhr zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Gendarmen. Etwa 300 Kommunisten, die sich an der Demonstration vor dem Alexander-Schacht beteiligt hatten, stießen, als sie in den Ort einzogen, auf Gendarmen, der es schließlich gelang, den Zug zu sprengen. Zu Verletzungen kam es hierbei nicht.

Genossinnen!

Verwendet eine Stunde zur Werbung für die Partei!

besondere sind es Äußerungen der Genossen Dr. Heller und Kremser, die in dieser Weise bewertet werden.

Welches ist nun der wirkliche Sachverhalt? Auf Anfragen, welche Kommunisten und Landbündler, aber auch Parteimitglieder an sie richteten, erklärten die Genossen, die Frage des Eintrittes in die Regierung sei für uns keine Frage des Prinzips, sondern eine solche der Taktik, ein Standpunkt, den unsere Partei seit zehn Jahren vertritt und der nur für politische Analphabeten eine Neuzigkeit ist. Ferner erklärten die Genossen, Voraussetzung des Eintrittes in die Regierung sei eine Kraftigung der Partei durch die Wahlen, damit sie instande ist, unsere sozialen und nationalen Forderungen zu verwirklichen. Darin liege eben der Unterschied zwischen uns und den deutschen Regierungsparteien, welche in die Regierung traten und in derselben verblieben, ohne das geringste in nationaler Beziehung erreicht zu haben, welche vielmehr statt alles vergaßen und verrieten, was sie durch acht Jahre und noch wenige Wochen vor ihrem Regierungseintritt gefordert haben. Spina und Mahr-Darling waren es, die anlässlich der Debatte über die Regierungserklärung im Dezember 1925 und anlässlich der Debatte über die Sprachenverordnung im März 1926 sich nicht genug tun konnten in der Verbammung der Verfassung, des Systems, der Sprachengesetze und erklärten, es könne keinen Frieden mit dem deutschen Volke geben, bevor nicht all das an ihm begangene Unrecht beseitigt ist. Und wenige Wochen später sah sie in der Regierungsmehrheit, wenige Monate später auf Ministerstühlen, ohne daß auch nur das geringste an all dem Unrecht wieder gut gemacht worden wäre. Im Gegenteil! Unter werflicher Mithilfe der deutschen Minister geht die reißende und drückende Handhabung der Sprachengesetze weiter, unter ihrer Mithilfe wurden in den letzten drei Jahren Tausende deutscher Beamten und Staatsangestellten abgebaut.

Die Herrschaften können überzeugt sein, daß die Teilnahme deutscher Sozialdemokraten an einer Regierung, die all das tut, unmöglich wäre, ebenso unmöglich, wie die Teilnahme an einer Regierung, welche die demokratischen Rechte des Volkes, die Selbstverwaltung des deutschen Volkes nahezu beseitigt, welche in allen ihren Handlungen die Lasten der arbeitenden Menschen vermehrt, jene der Wohlhabenden vermindert hat.

Daß sich auch die „Bohemia“ dazu hergibt, diese Demagogie mitzumachen, ist nur ein Beweis, wessen dieses Blatt fähig ist, wenn es sich darum handelt, ihrem Brotgeber zu einem Mandat zu verhelfen.

„Wahlfreiheit“

und was sie darunter verstehen.

Die bürgerliche Presse hat auf das Stichwort des Jiri-Expres reagiert und diskutiert lebhaft über die Schäden der „gebundenen“ Listen. Sie können es nicht verkraften, daß die gebundene Liste ihnen die „Wahlfreiheit“ genommen hat. Ein Genosse schreibt uns dazu: „Was die bürgerlichen Parteien in der Vorkriegszeit unter Wahlfreiheit verstanden haben, ist uns noch in lebhafter Erinnerung. Mehr als einmal wurden Arbeiterwähler regelrecht zu den Wahlurnen geführt. Eine hierfür bezeichnende Kundmachung sende ich Ihnen in der Anlage.“ Die Kundmachung lautet:

Kundmachung an die für den Landtag wahlberechtigten Arbeiter der Eisengießerei und Modellstischerei.

Landtagswahlen.

Alle jene Arbeiter, welche Landtagswähler und im Besitz der Wahllegitimation und des Stimmzettels sind, werden hiermit aufgefordert, diese Dokumente zwecks Deposition bis längstens Samstag, den 7. Juni 1913 um 8 Uhr früh, und zwar entweder in der Rechnungskanzlei oder an den Sichertsauffeher Herrn Sawlas abzugeben. Alle wahlberechtigten Arbeiter, welche bis zur Stunde die Wahllegitimation nicht erhalten haben, haben diese sofort in der Rechnungskanzlei, eventuell dem Herrn Sawlas anzugeben. Alle wahlberechtigten Arbeiter, ohne Unterschied ihres Aufenthaltsortes, haben sich Sonntag, den 8. Juni 1913 (Wahltag Ann. d. Red.) um 8 Uhr früh im Sichertshof einzufinden.

Abteilung Eisengießerei der Wittwitzer Bergbau- und Eisengießergewerkschaft i. V. (Unterschrift unleserlich.)

Es erübrigt sich nur hinzuzufügen, daß der Kandidat, für den sich das Eisenwerk so sehr interessiert, daß es die Arbeiter in Prozeßion zur Wahlurne geleitete und ihnen die Qual der Wahl ersparte, der „wissenschaftliche“ Bearbeiter des nationalen „Sozialismus“ — Herr Abgeordneter Rudolf Jung war!

Hausfrau und Sozialismus.

Es kann hier nicht von der „Frau des Hauses“ im bürgerlichen Sinne die Rede sein, nicht von der Frau der Besitzklasse, deren Einkommensverhältnisse es zulassen, ein mit allen Bequemlichkeiten ausgestattettes Leben zu führen, und die neben ihrer Rolle als Dame der sogenannten besseren Gesellschaft nur noch die Aufgabe zu erfüllen hat, Erben in die Welt zu setzen, damit die angesammelten Reichtümer „in der Familie“ bleiben. Diese Frauen der Besitzklasse haben an der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die ihnen ein sorgenloses Leben sichert, ein sehr starkes Interesse und werden nie dem Gedanken des Sozialismus zugänglich sein.

Neben diesen Hausfrauen gibt es aber viele proletarische Frauen, die zwar auch Hausfrauen sind, aber alle Leiden und Sorgen, die die Klassencheidung in der heutigen Gesellschaftsordnung mit sich bringt, kennen, die aber an der Betätigung im politischen Leben, an der Organisation, an dem Streben nach Wissen und geistiger Höherentwicklung der Frauen nicht besonders interessiert sind. Sie gehen oft, weil sie das „Glück“ haben, nur ihren Haushalt, den Gatten und die Kinder zu betreiben, in dieser Aufgabe ganz auf. Sie meinen, der politische Kampf sei nicht Sache der Frauen oder nur Aufgabe derer, die in Werkstätten, Fabriken und Büros erwerbsmäßig tätig sind.

Diese Hausfrauen im Proletariat sehen zwar die Unterschiede, die sie von der bürgerlichen Frau trennen, sie sehen das luxuriöse Leben der anderen und daneben das von lästlichen Sorgen erfüllte Leben der Arbeiterfrau und der proletarischen Mütter, aber sie nehmen diesen Zustand als „selbstverständlich“ hin, ohne daran zu denken, für die Besserstellung des Proletariats, vor allem für die vollkommene Befreiung der Frau aus den Fesseln geistiger, wirtschaftlicher und kultureller Knechtschaft den Kampf gemeinsam mit ihren Klassengenossinnen aufzunehmen.

Diese Hausfrauen im Proletariat gehören gleichfalls zu den Unfreien ihrer Klasse, nur empfinden es viele nicht. Sie nehmen ja oft keine andere Stellung ein wie eine Hausgehilfin, nur mit dem Unterschiede, daß sie für ihre im Interesse der Familie geleistete Arbeit keinen Lohn bekommen. Deshalb wird diese Art der oft unbegrenzten Arbeit im Haushalt von einem Teil der Männer auch gar nicht als Arbeitsleistung anerkannt. Doch dies nur nebenbei bemerkt.

Die proletarischen Hausfrauen sind politisch gleichberechtigt, auch sie sollen verstandesgemäß das politische Leben mit ihrem Stimmzettel beeinflussen und von ihrer Entscheidung wird es in Zukunft mit abhängig sein, wie sich das Leben aller arbeitenden Menschen gestaltet.

Die Politik macht auch vor dem Haushalt der Proletarierfrau nicht halt. Die Arbeiterfrau braucht nur mit offenen Augen durch die Welt zu gehen, um ihr Leben und das Leben ihrer Klasse verstehen zu lernen. Wenn das Einkommen des Mannes nicht ausreicht, die Lebensmittelpreise aber viel rascher steigen als die Arbeitslöhne, so ist es die Frau des Arbeiters, die als Verwalterin des proletarischen Haushaltes dieses Minus an Einnahmen und das Plus an Ausgaben zu verspüren bekommt und deren Lebensfreude von dem qualenden Gedanken um die Versorgung der Familie oft vernichtet wird. So manches Eheglück geht an dieser ständigen Sorge zugrunde. Sind alle jene Arbeiterfrauen, die in elenden, unzureichenden und ungesunden Wohnungen fünf, sechs und noch mehr Geburten durchnähen müssen, nicht Wärterinnen einer Gesellschaft, die die Mütter zwar zum Gebären zwingt, sich aber sonst um das neue Leben nicht mehr kümmert? Einer Gesellschaft, die diese Arbeiterfrauen mit dem Strafparagrafen einer bürgerlich-barbarischen Gesetzgebung in Konflikt bringt, wenn sie sich aus Angst vor neuer Not und Sorge ihrer Lebensfrucht entledigen? Haben diese vielen Arbeiterfrauen schon darüber nachgedacht, daß die ständige Sorge um die Erhaltung des Arbeitsplatzes des Mannes auch ihre Sorge sein muß und daß Streiks, Aussperrungen und Arbeitslosigkeit gerade sie am meisten treffen? Ist ihnen alles gleichgültig, wie über das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft durch Gesetzgebung und Verwaltung entschieden wird, während sie doch als denkende Frauen die Möglichkeit haben, ihr Schicksal und das ihrer Familie durch den politischen Kampf mitzubestimmen? Wer über den Mieterschuh, die Wohnaufgabe, die Versorgung der alt und arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen entscheidet, wie die Schulen für die Kinder der Arbeiterklasse aussehen, wie für die Kinder und Mütter der Arbeiterschaft von Staats wegen gesorgt wird, und vieles, vieles mehr, das muß doch auch die Sorge dieser vielen Arbeiter-Hausfrauen sein, die bis jetzt den Reichen der organisierten Arbeiterfrauen und -Mädchen noch fernstehen.

Haben alle diese Arbeiterfrauen schon einmal darüber nachgedacht, daß auch sie ein Anrecht auf ein Plätzchen an der Sonne haben, daß auch sie einmal im Jahr an eine Erholung denken können, um dem abgearbeiteten Körper neue Kräfte zuzuführen?

Ihre Arbeit im proletarischen Haushalt erfordert bei den mangelhaften und unpraktischen Einrichtungen meist eine ebensolche Kraftaufwendung wie die Arbeit in irgendeinem Berufe. Man denke nur an das zeit- und kraftraubende Wäsche- waschen im Arbeiterhaushalt!

In der sozialistischen Gesellschaft, die die vielen organisierten Arbeiterfrauen und -Mädchen anstreben, wird auch die proletarische Hausfrau eine andere Stellung einnehmen. Sie wird einmal als Frau dem Manne und als Mutter

dem Staate gegenüber die ihr gebührende Einschätzung erhalten. Die Sozialisierung des Haushaltes muß auch ihr Ziel sein. Die Umwandlung des häuslichen Lebens geht ja schon heute — wenn auch nur langsam — so doch vorwärts. Es gibt heute schon viele moderne Einrichtungen, die der Hausfrau einen großen Teil ihrer Arbeit erleichtern und ersparen — nur sind sie in den meisten Fällen noch Privileg der Haushalte der Besitzklasse und für die proletarische Hausfrau unerschwinglich. Wenn die Zentralküche, die moderne Gemeinschaftswasch- und Wästanstalt — diese gibt es in vielen Großstädten bereits — auch noch nur Zukunftsmusik sind, — einmal muß diese Revolution des häuslichen Lebens kommen!

Aber nicht nur der Modernisierung des Haushaltes zuliebe müssen die Arbeiter-Hausfrauen ihre Gleichgültigkeit abschütteln — das ganze öffentliche Leben erfordert ihre verständige Teilnahme. Nur im politischen Kampf lassen sich alle Verbesserungen des Lebens der Arbeiterklasse durchsetzen. Nur wenn die Frauen denken, lesen und sich organisieren, werden sie begreifen lernen, wo die Ursache allen Übels zu suchen ist. Sie werden dann wissen, daß die Lebensmittel teurer geworden sind, weil der Staat sie mit hohen indirekten Steuern belegt, daß die Lebensmittel aus dem Auslande durch Zölle an der Grenze erheblich verteuert werden, sie werden den Kampf ihrer Männer um bessere Löhne und verkürzte Arbeitszeit verstehen und ihnen eine verständige Kameradin sein. Sie werden mithelfen, daß die Welt, in der die einen genießen und prassen, während die anderen darben und hungern, umgestaltet wird und daß alle, die da schaffen und arbeiten, auch des Ertrages ihrer Arbeit teilhaftig werden. Sie werden mithelfen, daß auch für die Arbeiterfamilie gesunde, sonnige Wohnungen geschaffen werden, in denen das Leben nicht mehr

Zehntausende Textilarbeiter ins Elend gestürzt.

Die Folgen der verbrecherischen Streiktaktik der Bolschewiken.

Daß die Bolschewiken alle Lohnkämpfe so aufhämmen, daß für die Arbeiterschaft eine Niederlage nach der anderen folgen muß, ist bekannt. Wenn zum Beispiel in der Textilindustrie eine gute Konjunktur vorherrscht, werden die gestellten Forderungen zurückgezogen und es wird einem ausichtsreichen Lohnkampfe ausgewichen, um dadurch der Arbeiterschaft zu beweisen, daß die freigezweckliche Taktik unwortlich ist. Zu Krisenzeiten oder bei anderen, für die Arbeiterschaft ungünstigen Bedingungen, wo Streiks ausichtslos sind, wird vorsätzlich mit aller Gewalt zu einem Streik gekehrt,

um die Arbeiterschaft in Niederlagen hineinzuhängen, und um wiederum zu beweisen, daß die freien Gewerkschaften für die Arbeiterschaft keine Vorteile herausholen können.

Mit welcher Gewissenlosigkeit Streiks inszeniert werden,

wollen wir an dem Beispiel Wolff & Rüböl in Grottau nachweisen.

Die Firma Wolff & Rüböl, Gummi- und Bandfabrik in Grottau, war bereits vor Beginn des Streikes insolvent, was den Bolschewiken nicht unbekannt war. Die Betriebsleitung verlangte, daß auf Kragebändern ein zweiter Stuhl bedient werden soll und die Firma war bereit, über Vorschlag des Unionsvertreter, eine höhere Entlohnung für diese Mehrarbeit zu leisten. Im ganzen kamen nur vier Bandweberinnen in Betracht. Die Bolschewiken wollten aber unter allen Umständen einen Streik, lehnten die Vorschläge der Union ab und ließen, nachdem sie die Mehrheit in diesem Betriebe besaßen, den Streik beschließen. Wen wollten eigentlich die Bolschewiken bestreiten? Den insolventen Unternehmer, die Gläubiger oder den Wasserverwalter, nachdem der Ausgleich bereits angemeldet war. Es ist selbstverständlich, daß die Gläubiger nicht bestreift werden können, weil dieselben letzten Endes an den Forderungen der Arbeiterschaft kein Interesse haben. Der vom Gericht bestellte Massaverwalter kann nicht bestreift werden, weil er nur die Gläubigerinteressen zu vertreten hat. Trotzdem diese Tatsachen jedem Kunde bekannt sein müssen, wurde die Arbeiterschaft der Firma Wolff & Rüböl in den Streik gekehrt. Dieser Streik dauerte circa 15 Wochen. Während dieser Zeit ging die Firma in Konkurs und wurde gerichtlich versteigert. Nachdem der Streik durch den Konkurs ausichtslos geworden war, versuchte der Vertreter der Union, diesen ausichtslosen Streik zu beendigen.

Die Bolschewiken lehnten es jedoch im Streikanschluß ab, den Streikenden die Wahrheit zu sagen

und erklärten, den Streik bis zum endgültigen Siege weiterführen zu wollen. Vierzehn Tage später brach der Streik restlos zusammen. Die Arbeit wurde ohne Verhandlungen aufgenommen, fast die Hälfte der Belegschaft wurde gemahregelt und die Löhne wurden nach Gutdünken des neuen Unternehmers — als der Betrieb wieder aufgenommen wurde — festgesetzt. Die Niederlage der Arbeiter war katastrophal. Die Bolschewiken hatten ihr Ziel erreicht, daß die Arbeiterschaft an den gewerkschaftlichen Kampfmitteln verzweifeln sollte.

Bei der Firma Beruh in Kunau liegt ein ähnlicher Fall vor. Die Beschäftigten waren Mitglieder der Union der Textilarbeiter,

Qual wird. Sie werden nach dem rein menschlichen Grundsatze „Verhüten ist besser als Heilen“ nur so viele Erdenbürger zur Welt bringen, als ihre Lebensverhältnisse es gestatten. Nur so wird den Arbeitermüttern die höchste Funktion, die sie den Staat und der Gesellschaft leisten, nicht mehr zur Hölle werden, vielmehr Staat und Gesellschaft werden sich um die Erhaltung und die gesunde Aufzucht des Nachwuchses kümmern müssen. — Sie werden im Rahmen ihres Haushaltes eine Unmenge anderer Aufgaben zu erfüllen haben. Die Erziehung des Nachwuchses liegt in ihren Händen. Ist die Mutter denkend, wissend, ist sie vor allem Sozialistin, dann wird sie ihre Kinder zu neuen Streikern für ihre Weltanschauung heranbilden. Sie wird eine hohe, wichtige Mission erfüllen, wenn sie ihre Kinder zu Saffern des Krieges, des Menschenmordes und für den Kampf um die Erhaltung eines dauernden Friedens erzieht. — Mit ihrem Manne, mit ihren Kindern wird sie so im proletarischen Haushalt nicht mehr nur „Hausmütterchen“ sein, sondern Kämpferin, die im Rahmen ihrer Familie bereits ein Stück Sozialismus zu verwirklichen imstande sein wird.

Das alte Märchen einer bürgerlich-rückständigen Welt: „Die Frau gehört ins Haus, zum Herd“, wird nicht mehr ihre Auffassung sein, die Liebe zu Mann und Kindern wird ihr vielmehr die Kraft und den Mut geben, alles Alte, Ueberlebte abzustreifen und in den Kreis der vielen Mitstreiter zu treten, mit denen sie gemeinsam mit den Männern ihrer Klasse für eine bessere Welt, in der es keine Ausbeutung, keine Armut und Knechtschaft mehr geben wird, kämpft!

Den vielen proletarischen Hausfrauen verständlich zu machen, daß sie diesen Kampf erfolgreich nur als Mitglieder unserer Organisationen führen können, ist Aufgabe unserer Werbung, — sie zu überzeugten sozialdemokratischen Wählerinnen zu machen, Aufgabe unserer Wahlpropaganda.

Else Paul.

jedoch politisch kommunistisch eingestellt. Als die Firma die Lohnforderungen nicht bewilligte und nur im Kompromißwege eine Besserstellung der Lohnverhältnisse anbot, lehnten die Bolschewiken diesen Kompromiß ab. Die Union warnte vor dem Streik, erklärte der Arbeiterschaft, daß die Firma schlecht beschäftigt sei und vor dem Ausgleich stehe und daß ein Streik ausichtslos wäre.

Die Bolschewiken wünschten jedoch auch hier eine Niederlage der Arbeiterschaft

und hehnten diese in den Streik. Die Ratsschläge der Union wurden nicht befolgt. Während des Streikes wäre es ein zweitesmal möglich gewesen, halbwegs günstig abzuschließen. Die geplanten Mahregelungen und Deslogierungen wurden durch die Firma zurückgenommen. Auch dieser Abschluß wurde durch die Bolschewiken verhindert. Mittlerweile wurde die Firma insolvent. Trotzdem wollten die Bolschewiken den Streik, der von der Union finanziert wurde, weiterführen. Erst dann wurde der Streik abgebrochen, als die Union die Unterstüngen einstellte, nachdem der Streik ausichtslos geworden war. Die verheiraten Arbeiter wollten zwar im Streik weiterverharren, verlangten aber von den bolschewistischen Ratgebern die Streikunterstüngen. So hatten es natürlich die Bolschewiken nicht gemeint, zahlen wollten sie nicht. Die Union sollte die Unterstüngen weiterzahlen und der Streik sollte weiter geführt werden. Der Streik wurde ohne Verhandlungen beendet. Bereits

die Hälfte der Arbeiterschaft wurde gemahregelt.

Ein großer Teil von Familien, welche in den Fabrikswohnungen untergebracht waren, wurde deslogiert und außerdem wurde noch ein Wohnbau von 25 bis 30 Kronen pro Woche durchgeführt.

Der von den Bolschewiken in Nordböhmen inszenierte Textilarbeiterputsch zeigte dieselben Merkmale. Im März 1927, als die Arbeiterschaft bei guter Konjunktur etwas hätte erreichen können, wurden die Forderungen restlos zurückgezogen. Trotz guter Konjunktur mußte der Arbeiterschaft eine Niederlage bereitet werden, weil eben das bolschewistische Programm Niederlagen der Arbeiterschaft vorseht. Dem Streik wurde ausgewichen, weil er erfolgversprechend war. Es mußte eine schlechtere Zeit für einen Streik abgewartet und ausgesucht werden.

Erst im strengsten Winter 1929, als eine sehr schlechte Beschäftigung vorhanden war, sollte der Streik unter allen Umständen durchgeführt werden, damit eine sichere Niederlage erfolge.

Den Vertretern der Union der Textilarbeiter war bekannt, daß durch die schlechte Geschäftskonjunktur ermutigt, die Unternehmervertreter resp. der Deutsche Hauptverband der Industrie, Kreis Reichenberg, auch auf den Streik hinarbeitete. Ihnen kam damals ein Streik sehr gelegen, um die Arbeiterschaft zu schwächen, um alle Maßnahmen, die sie in den Betrieben vorhalten, leichter durchführen zu können, welche sie vor der Niederlage der Arbeiterschaft niemals durchführen konnten. Dieser geheime Wunsch der Unternehmer war den Vertretern der Union bekannt, so daß hier Vorsicht am Platze war.

Es wurden Forderungen gestellt, ohne den Vertrag zu kündigen; die Unternehmer boten nach langen Feilschen 64 Tariffstundenlöhne bei einer

Bom Kumbjal.

Samstag.

Prog: 18.00 Deutsche Pressechronik, 18.05-18.10 Deutsche Erhebung: Witz Trenz-Trüblich, Witzig bei Prager Deutschen Bankeibehälter: Chonion und Berber aus Wien, 19.10 Koncert der Wenzel- und Orchesterleiter, 21.00 bis 22.00 (Erhebung nach Währ.-Oltrow) Koncert. — Witzig: 11.00-12.00 Erhebung nach Prag, Prager und Währ.-Oltrow) Kompositionen, 16.00-17.30 (Erhebung nach Prag, Prager und Währ.-Oltrow) Koncert, 18.00 Deutsche Erhebung: Maria Kowalski, Opernsängerin, Carl Kofler, Opernsänger: Erien und Lieber, 19.00-20.00 (Erhebung nach Prager und Währ.-Oltrow) Koncert, 21.20 Russische Koncert. — Prager: 12.00-13.30 (Erhebung nach Prag, Brann und Währ.-Oltrow) Koncert. — Dubentz: 16.30-18.00 Kammermusik, 20.50 Jugendchor. — Zdenko: 18.45 Koch: Koncert, 22.06 Orchesterkonzert. — Paris: 12.30 Symphoniekonzert. — Brüssel: 21.15 Orchesterkonzert. — Berlin: 19.00 Janneminijer Orchester (speziell über das Volksgeschehen, 19.30 Ein Souptmann-Tributum. — Bielefeld: 17.00 „Mit Berlin“, drei Bilder nach Wolf (Hilf-Wecker. — Glatz: 18.00 Opern-Nachmittag. — Leipzig: 18.20 Kammermusik, 17.00-18.00 Operngänge und Zuzit 18.30 Leipziger Männerchor, 19.30 Richard Strauß dirigiert eigene Werke, 21.00 „Der weiße Hahn“, ein Spiel von Hugo von Hofmannsthal. — Dresden: 21.00 Koncert. — Weimar: 18.05 Kammermusik. — Hamburg: 21.00 Koncert, Erhard, Zober. — Zanzibar: 18.25-18.50 Son Dado, 18.50-19.15 Die Stunde der Arbeiter, 20.00 „Der Barbier von Sogob“, komische Oper von Peter Cornelius. — Wien: 11.20 Symphoniekonzert, 16.00 Koncert, 17.50 Das Roper-Ringelreiß Ugenbe, 18.30 Kammermusik; danach: Erien und Lieber, 20.00 „Winter Zerg“, Wiener Volkstanz von Rudolf Hanel. — Jülich: 20.00 Lieber. — Bielefeld: 20.30-21.30 „Traubobour“, Oper v. Berli. — Gießen: 20.30 Orchesterkonzert. — Opatz: 20.00 Orchesterkonzert. — Gießen: 15.10 Koncert, 22.10-22.40 Orchesterkonzert. — Weimar: 17.05 Kammermusik, 20.00 Koncert Jugendli. — Weimar: 20.00 Orchesterkonzert aus dem Nationaltheater. — Weimar: 14.50, 15.30 Koncert, 20.00 Orchesterkonzert. — Reims: 16.00, 17.40 und 20.30 Koncert. — Weimar: 17.40-19.00 Koncert. — Weimar: 18.15 Orchesterkonzert.

Vertragsverlängerung auf ein Jahr an, machten jedoch die Ausschlüßung dieser Ausschlüße von der Zustimmung der Bolschewiken abhängig. Die Bolschewiken lehnten dieses Angebot ab, so daß die Auszahlung nicht erfolgte. Trotz Kurzarbeit — trotz schlechter Konjunktur, wurde im härtesten Winter die Arbeiterschaft in den Streik hineingetrieben, obwohl den Bolschewiken bekannt war, daß die übrigen Organisationen, einschließlich der Union der Textilarbeiter, welche die Mehrheit bildeten, sich an dem Streik nicht beteiligen würden. Der Streik wurde ausgerufen! Aber

nur eine Rinderheit beteiligte sich an dem Putsch,

resp. konnte aus den Betrieben herausgetrieben werden. Man hörte und beschimpfte die Mehrheitsorganisation als Streikbrecher, trotzdem nur ein kleiner Teil ihrer eigenen Mitglieder ihren Streikparolen Folge geleistet hatte. Als wir auf ihre eigenen Mitglieder hinwiesen und die Frage stellten, ob ihre eigenen Leute auch Streikbrecher seien, verstaunte ihr Geschrei.

Im ihrer Ratlosigkeit wurde am Faschingdienstag zum Gaubium der Unternehmer der Generalkonstreik proklamiert, aber kein einziger Arbeiter folgte dieser Parole, nicht einmal ihre Mitglieder. Einen Tag später, am Aschermittwoch, wurde

der Faschinggeneralkonstreik abgebrochen. 500 bis 600 Gemahregelte blieben auf der Straße.

Die Unternehmer, ermutigt durch diese Niederlage der Arbeiterschaft, verschuldet durch die Bolschewiken, gingen nun in den Betrieben zum Angriff über und versuchten, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Neuerlich hob das hysterische Geschrei der Bolschewiken an und sie wollten die Schuld der Unternehmerangriffe auf die Vertreter der Union abwälzen. Wenn die Unternehmer nach diesem zusammengebrochenen Putsch den Angriff auf die Rechte der Arbeiterschaft organisierten, so wird es jeden denkenden Arbeiter einleuchten, daß nur

die Bolschewiken den Unternehmern zu diesem Angriff auf die Arbeiterschaft den Weg gebnet

und freigemacht hatten. Sie sind die Schuldigen, wenn heute in vielen Betrieben der Arbeiterschaft der Stiefel auf den Nacken gesetzt wird. Ein großer Teil der Streikenden hat den Urlaub für das Jahr 1929 verloren; die Betriebsausschlüsse gingen des gesetzlichen Schutzes, soweit sie nicht streikten, verlustig. Die Gemahregelten fanden nirgends Arbeit, blieben monatelang arbeitslos und als das Geld bei den Bolschewiken knapp wurde,

ließ man die Gemahregelten fallen, zahlte ihnen keine Unterstüngen mehr und überließ sie ihrem eigenen Schicksal.

Heute können wir sagen, daß die Ernüchterung der irreführenden Arbeiter eingetreten ist.

Die bolschewistischen Organisationen zerfallen, finanziell sind sie ruiniert, ein neuer Verband wurde gegründet, der mittellos ist und der nicht einmal die jetzt noch treuen bolschewistischen Anhänger unterstützen kann. Die Krise im Jahre 1929 dauerte an und verschärfte sich noch mehr. Kurzarbeit, Betriebsmissetlungen, waren an der Tagesordnung. Geldmittel waren bei den Bolschewiken nicht vorhanden, die Arbeitslosenunterstüngen konnte nicht ausgezahlt werden, die Auszahlung des Staatsbeitrages wurde dem neuen Zwischauer Verbande durch die Regierung nicht bewilligt, so daß die Arbeiterschaft jetzt zur Zeit der verschärfsten Krise ohne Unterstüngen dastand.

Durch diese feindliche Taktik der Bolschewiken wurden zehntausende Textilarbeiter ins Elend gestürzt,

ihr eingezahltes Geld wurde vergeudet und diese Vertreter, welche über die Arbeiterschaft nur Not und Elend bringen, sie nur benützen, um ihnen Niederlagen zu bereiten, um sie durch ihre Elendstheorien für die Diktatur reif zu machen, sollen die Textilarbeiter am 27. Oktober in das Parlament wählen.

Jeder vernünftig denkende Textilarbeiter wird sein Urteil am 27. Oktober fällen und der bolschewistischen Partei den schon längst verdienten Fußtritt geben, indem er die wahren Arbeitervertreter, die sozialdemokratischen Kandidaten wählt!

Wohnungsstürsorge im roten Wien und bei uns.

Kürzlich berichtete Stadtrat Gen. Breiter, der Finanzminister der Gemeinde Wien, über das Arbeitsprogramm im Jahre 1930. Neben der Ausgestaltung einer Reihe von Fürsorgeanstalten kündigte er an, daß trotz bedeutender Herabsetzung einiger Steuern die Wohnbautätigkeit im kommenden Jahre verstärkt werden wird. Während heuer 76 Millionen Schilling (880 Millionen Kronen) für den Wohnbau zur Verfügung gestellt wurden, werden im Jahre 1930 hingegen 96 Millionen Schilling (450 Millionen Kronen) für Wohnhausbauten verwendet werden. So seltsam es klinge, so wahr sei es, daß je besser die Qualität der Wiener Gemeindefremdenwohnungen wird, je geräumiger die Höfe und Gartenanlagen in den Wohnhausanlagen werden, desto größer die Schwierigkeiten für die Gemeindevverwaltung. Der Drang nach den städtischen Wohnungen werde immer stärker, das Hinausstreben aus den schlechten Wohnungen der Vorkriegszeit unausgesetzt stärker. Am 1. September 1929 haben sich 8626 Wohnungen im Bau befunden. Zu dieser Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien kommen aber noch jene Wohnungen, die auf Grund der nach langen Kämpfen dem Staate abgerungenen Wohnbauförderung errichtet werden. Auf diese Weise wird das Jahr 1930 einen Rekord im Wiener Wohnungsbau darstellen. Seit 1923 hat die Gemeinde Wien 38.000 vorbildlich hygienische Volkswohnungen — in denen 5000 Einfamilienhäuser mit einbegriffen sind — errichtet und dadurch für 150.000 Menschen eine einwandfreie Unterkunft geschaffen. Anfangs September hat Bürgermeister Seitz die neue Wohnhausanlage in Erdberg (75 Häuser), mit 1007 Wohnungen, 30 Geschäftsläden, 4 Kellern, modernst eingerichtete Zentralwäscherei, Kindergarten, Schulkindergarten, Bäckerei, Saal mit Nebenräumen eröffnet. Die Wohnungen sind mit hartem Breielfußboden, elektrischem Licht und Gasbrenn aus gestattet. Jede Wohnung hat ein Wohnzimmer und eigenes Klosett. Rund um diese Anlage entstanden fünf weitere Bauten mit 514 Wohnungen mehreren Geschäftsläden, Jugendhort und Jugendheim.

Und bei uns? Keinen Heller mehr aus öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau, Abbau des Mieterrechtes, Mangel an billigen Wohnungen und fürchterliches Wohnungsgeld.

Wählt, wenn ihr das ändern wollt, sozialdemokratisch, Liste 4!

Den kostbaren Besitz guter Zähne erhalten hilft



man kann mit Zahnpasta hineinbeißen und daran kauen.

... und sie trugen eine Leiche — und diese Leiche war — tot ...

Die „Deutsche Landheimat“, das in Leitmeritz erscheinende landbündlerische Blatt veröffentlicht über den dortselbst stattgefundenen deutschnationalen Reichsparteitag unter obiger Überschrift einen Bericht, in dem es heißt:

„Obgleich es ein allgemein geübter Brauch ist, einem Sterbenden oder Toten nichts Uebles nachzureden, so muß die objektivste Berichtserstattung über den eben in der Zeit der gegenwärtigen Wahlvorbereitungen am 5. Oktober 1929 in Leitmeritz abgehaltenen 7. ordentlichen Reichsparteitag der Deutschen Nationalpartei nur die einzige, selbst von den treuesten Parteiangehörigen nicht zu leugnende Tatsache bestätigen, daß die Partei nunmehr in den letzten Zügen liegt. Sie geht an den Sünden ihrer Führerschaft, am Mangel eines haltbaren Parteiprogrammes und dem selbst zugestandenem Fehlen einer Organisation einem zwar langsamen, aber um so bestimmteren Tode entgegen. Dies war aus allen Reden des Parteitages herauszuhören: „Resignation auf allen Linien“, war der Grundton und „Vergleichen müssen auf politische Tätigkeit“ die eigentliche Lösung der für zwei Tage angelegten Parteiberatungen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit in knapp einem Tage beendet wurde, denn was sonst noch statifand, war der bei diesen Veranstaltungen übliche „Umtrunk“. Das Ergebnis des Reichsparteitages lag neben anderen „erfreulichen“ Tatsachen im noch nicht beendeten Freilich hinsichtlich der Zusammenstellung der Reichskandidatenliste in der Feststellung, daß die DNVP neben Mitglie d e r m a n g e l a u c h a n G e l d m a n g e l l e i d e t u n d d a ß d i e W a h l e n f ü r d i e P a r t e i u n e r w a r t e t h e r e i n g e b r o c h e n s e i n . . .“

Diese Kritik mag zutreffend sein — ob aber gerade die deutschen Landbündler berufen sind, über die Deutschnationalen zu spotten. Ist eine andere Frage. Denn in ihren Reihen herrscht alles, nur nicht helle Siegeszuversicht.

Schobers Schandvorlage.

Wien, 18. Oktober. (Eigenbericht.) Heute Nachmittag hat die Regierung die Vorlagen über die Verfassungsreform eingebracht. Es ist ein durchaus reaktionäres Machwerk. Und wenn sich der Bundeskanzler in seiner Begründung für die einzelnen Bestimmungen auf Vorbilder in anderen Ländern beruft, so zeigt das nur, daß aus allen Verfassungen die reaktionären Bestimmungen herausgesucht und für die Verschlechterung der österreichischen Verfassung verwendet wurden. Jedenfalls wird die Partei energisch dagegen zu kämpfen haben. Unter Bestimmungen sind die folgenden wichtigsten: vor allem soll der Bundeskanzler durch das Volk gewählt werden, wenn aber kein Mandatar die absolute Mehrheit erlangt, so soll die Bundesversammlung aus den drei Kandidaten, die die meisten Stimmen erhielten, eine Auswahl treffen. Für die Wahl gilt die Wahlpflicht. Die Funktionsperiode des Bundespräsidenten wird fürderhin auf sieben Jahre verlängert. Der Bundespräsident erhält das Recht, der Auflösung des Nationalrates sowie der Ernennung und Entlassung der Bundesregierung, die aber des Vertrauens des Nationalrates bedarf. Er erhält weiter den Oberbefehl über das Bundesheer. Ferner erhält er das Recht, ohne Parlament nach Art des alten § 14 auf Vorschläge, wenn der Nationalrat nicht beisammen ist, provisorische Verordnungen zu treffen. Ferner das Recht, zur Unterdrückung von Unruhen Ausnahmestände zu verhängen. Der Bundesrat, der bisher eine Vertretung der Länder war, und durch Wahl aus dem Landtag hervorgegangen ist, soll durch einen Landes- und Ständerat ersetzt werden. Und zwar soll als Vertreter der Länder fortan der Landeshauptmann und der Finanzreferent jedes Landes entsendet werden, daneben Vertreter der Berufsstände. Aber diese Bestimmung ist zunächst nur im Prinzip festgelegt, da ein eigenes

Gesetz erst das nähere bestimmen soll. Für den Nationalrat wird das Wahllalter auf 21 Jahre erhöht werden und es werden ständige Listen eingeführt, die jedes Jahr im November abgeschlossen werden. Ferner wird die Wahlpflicht eingeführt. Die Zahl der Mandate soll herabgesetzt werden, es wird darüber ein eigenes Gesetz erlassen werden. Auch die Zahl der Mandate in den Landtagen und die Landesregierungen sollen gelegentlich herabgesetzt werden.

Die Stadt Wien soll nicht mehr ein eigenes Land sein, aber sie soll als Bundeshauptstadt im wesentlichen die Rechte der Länder haben.

aber in den Angelegenheiten des Landes soll der Landeshauptmann nicht mehr die zweite Instanz sein, sondern die zweite Instanz soll die Regierung sein. Für den Nationalrat soll die Wahlliste nicht in den größeren Gemeinden, was namentlich gegen Wien geht, nicht mehr vom Magistrat, sondern von der Polizei geführt werden. Von weiteren Bestimmungen ist insbesondere reaktionär die Bestimmung, daß das Verbot der Zensur, das Verbot des Adels nicht mehr ein Verfassungsgesetz sein soll, also mit einfacher Mehrheit geändert werden kann. Ferner soll der Bundespräsident das Recht haben, wenn im Nationalrat ein Verfassungsgesetz die einfache Mehrheit, aber nicht die Zweidrittelmehrheit bekommt, den Gesetzentwurf einer Volksabstimmung zu unterbreiten, die dann mit einfacher Mehrheit entscheidet. So daß also auf diesem Umwege die Verfassung mit einfacher Mehrheit geändert werden kann. Schließlich soll auch die Polizeibehörde das Recht bekommen, zur Unterdrückung von Unruhen eine Art Ausnahmezustand zu verhängen.

Einfuhr bei Benes?

In seiner Wahlrede in Lador hat der Außenminister Benes, der die unangenehme Aufgabe hat, als oppositioneller Kandidat gegen die Regierung zu reden, der er angehört, zum erstenmal im Verlaufe seiner politischen und ministeriellen Tätigkeit Ansichten geäußert, die auch für die nationalen Winderheiten diskutabel sind, so wenig konkrete Form sie noch besitzen. Benes stellt sich als Grundlage der Regierung nach den Wahlen eine ganz große Koalition von den Christlichen bis zu den Sozialdemokraten und von den Nationaldemokraten bis zu den Deutschen vor. Wir glauben, daß eine solche Koalition ein schwerfälliger, lebensunfähiger Apparat wäre, der in kürzester Zeit an seinen zahllosen inneren Widersprüchen zugrundegehen würde. Die Stärke einer Regierung wächst ja nicht immer mit der Zahl der Parteien, die hinter ihr stehen. Aber es ist Sache des Herrn Dr. Benes, wie er sich das vorstellt. Interessant an seinen Ausführungen, die wohl auch eine kleine Lektion, für den radikal-nationalistischen Flügel seiner Partei um Franke und Baga sein sollten, ist das, was er über die Entwicklung der nächsten fünf Jahre sagt. Benes führt u. a. aus:

„Meiner Ansicht nach wird die dritte Periode unserer innerpolitischen Entwicklung die Zeit der definitiven Konsolidierung des Staates, der Republik, der Nation in der Nachkriegszeit sein. Zehn Jahre nach dem Weltkrieg sind ungeheure Fortschritte zu verzeichnen. Unser Staat wird in den Jahren 1935—1936 in der Situation sein müssen, in der sich heute Belgien oder Holland befinden, wenn das nächste Parlament und die nächste Regierung das selben werden, was ihre Pflicht sein sollte.“

Der Minister spricht dann über die Slowakei, die Folgen des Infazprozesses und die Konsolidierung Karpathoruhlands (die freilich dringend nötig wäre). Dann fährt er fort:

„Damit hängt weiter zusammen, daß man sich in den nächsten fünf Jahren zu einem Zustand gelangen müssen, wo die dauernde parlamentarische und Regierungskollaboration zwischen Tschechen und Deutschen selbstverständlich sein wird und wo

wir durch ordentliche Lösung der genannten Winderheitenprobleme die Mehrzahl von ihnen ganz entpolitisiert werden, aus ihnen rein technische Fragen schaffen werden, administrative und praktische Fragen, so die Basis zum wirtschaftlichen und definitiven stabilisierten tschechisch-deutschen Verhältnis gewinnen werden,

damit unsere Staats- und Nationalidee darunter in keiner Weise leidet. Automatisch wird das auch das Verhältnis der ungarischen Minorität zu den Slowaken lösen.“

Es ist weder sehr viel, noch sehr klar, was Benes hier ausführt. Aber seiner bisherigen Politik gegenüber ist es ein Fortschritt. Er gibt, wenn auch noch nicht so unumwunden wie der Präsident Masaryk, doch zu, daß die deutsche Frage im Staate bisher nicht gelöst, auch durch die Regierungsteilnahme der Aktivisten nicht gelöst ist. Er gibt die Notwendigkeit zu, sie zu lösen, soll der Staat wirklich konsolidiert sein. Und er scheint ferner anzudeuten, daß ein Ausgleich gewisse gesetzliche Voraussetzungen hat, denn nur dann können die nationalen Fragen „entpolitisiert“, zu technischen und administrativen gemacht werden, wenn gewisse Grundrechte der Winderheiten dem politischen Jankl entzogen und ein für allemal festgelegt werden. Man wird auf die Andeutungen Benes keine Häuser bauen. Man wird gut tun, Versprechungen vorsichtig zu begegnen. Aber immerhin: welcher Unterschied zwischen dem tschechischen Minister, der diese Probleme zur Diskussion stellt und den deutschen Regierungsparteien, die verstummt sind und für alle Zeiten ihre Forderungen begraben haben. Man dürfte sich nicht wundern, wenn die Tschechen nach den Erfahrungen mit Spina und Mayr-Hortling anders sprächen. Sie sind wahrhaftig auf deutscher Seite in der letzten Regierung keinen Kampfnaturen begegnet! Wenn Benes trotzdem einflüßt, daß diese Fragen gelöst werden müssen, so kommt ihm die Erkenntnis sicher aus anderen Quellen als aus den Erfahrungen mit seinen zwei deutschen Kollegen. Denn die haben das Problem längst gelöst, indem sie es begraben!

Die Goldwährung.

die der Weihnachtsmann zwei Monate zu früh aus dem Füllhorn seiner Gaben auf unsere ungeschuldenen Häupter schüttete, bedeutet gewissermaßen den Strich, den die Gegenwart unter die Vergangenheit zu legen gewillt ist. Es wird wieder so sein wie früher und wie in Amerika, wo es noch nie anders war. Keine Behörde wird in Zukunft an Gottes statt mit geschwungenen Äxten vor dem schlafenden Bürger stehen und für lachendes Gold ihm das Reich des Sklaven, den Ring aus Eisen an den wehmützig sich beugenden Finger streifen, niemand wird mehr gewungen sein, das Bild seines Patriotismus unter den verdienten Scheffel und die noch nicht verlegten Ueberreste des Goldschabes eines verangenehen Staates, bestimmt die Karikaturen seiner Röhre aus dem Zustande einer physischen Inflation in geordnete Verhältnisse zu bringen, unter dem Hemd zu tragen, sondern im Gegenteil, die silbernen Kronen, die schamhaft hinter dem falschen Klang des armen Metalls zu verbergen suchen, was sie nicht enthalten, werden die Köpfe erheben und den Bewohlenen stolz in

die hochmütigen Augen blicken können, im Bewußtsein ihrer Partik mit genau 44.58 Milligramm Feingold. Jeder Staatsbürger wird jederzeit stählernen Radens vor das Forum der Nationalbank treten und für seine Krone seine 44.58 Milligramm Feingold verlangen können und am 1. des Monats wird der Beamte einen leuchtenden Goldschatz unter dem kläglichen Papier seines mageren Solbes finden und mit einem stolzen Gefühl der Befreiung von einem unwürdigen Joch den eisernen Ring, sofern er ihn noch besitzt, vom dünnen Finger streifen und zu den insignien einer glückselig überhandenen Geistesverirrung legen, zu den Tapferkeitsmedaillen und Kreuzen zweifelsaften Metalls und zweifelhafter Herkunft. Es wird wieder sein, wie es war, der Bettler wird müher sterben, der Arbeitslose heiser hungern, der Soldat freudiger dienen und der Beamte froheren Gemütes jeden Morgen auf seinen harten Abendtischen sitzen, die Brust geschwellt von dem erhabenen Bewußtsein, daß die Krone, die ihm zum Loben, zum Essen, zum Solbe, um ihm erträglich, zum Gehalt, um es menschenwürdig zu machen, fehlt, genau 44.58 Milligramm Feingold wert war. R e h d o.

DER ARBEITER im Freien fühlt sich nach der schweren Tagesarbeit erschöpft. Damit er für den kommenden Tag gestärkt ist, reibt er den KÖRPER mit Menthol-Franzbranntwein. ALPA ein. „ALPA“-Massage belebt den Blutkreislauf, stärkt die Muskeln und erfrischt die Nerven.

Tagesneuigkeiten. Glatte Rechnung, gute Freundschaft.

Ein Leser schreibt uns: Ich bekomme da von den Christlichsozialen einen Erlagschein zugesandt mit der Bitte, für den Wahlfonds zu spenden. Ich habe, da ich nie unter Bewußtseinsstörungen litt natürlich schon im Jahre 1925 die Merkmalen nicht gewählt, aber beinahe tut mir das jetzt leid; denn hätte ich sie damals gewählt, so würde ich ihnen heute folgenden Brief schreiben: Sehr geehrte Herren!

Ihrer Bitte nach einer Wahlspende für die christlichsoziale Partei komme ich gerne nach. Und zwar möchte ich diesmal einen größeren Betrag für diesen edlen Zweck auswerfen, den ich Ihnen wie folgt verrechnen will: Ich zahle, dank Ihrer Tätigkeit in der Regierungsmehrheit, seit einem Jahr für eine Wohnung jährlich 800 K mehr. Der Hausherr braucht das, wieder dank Ihrer Tätigkeit, nicht zu versteuern. Ich hoffe, er hat es auf Zinsen angelegt, macht jährlich gute 32 K. Bitte wollen Sie sich an meinen Hausherrn wenden, daß er Ihnen das Geld auszahlt! Ferner zahle ich für den Zuder seit dem Jahre 1926 rund gerechnet eine Krone per Rilo mehr, in meinem Haushalt macht das jährlich wieder 40 K, für drei Jahre 120 K aus. Ich will sie gern Ihrem Fonds zuwenden, da Sie ja das Verdienst an der Zuderpreissteigerung sich zukommen lassen können. Also reden Sie mit dem Dr. Heideker wegen des Zuders, er soll Ihnen von den 120 K die Hälfte für den Wahlfonds herauszahlen. Für die übrigen Lebensmittel zahle ich, seit Sie, mit meiner Stimme zur Macht gelangt, die Rölle erhöht haben, jährlich gute 1000 Kronen mehr. Was dabei die Großhändler verdienen, ist schwer zu erfassen, aber da auch der Staat daran verdient hat, lassen Sie sich ruhig vom Herrn Finanzminister von den 3000 K die Hälfte auszahlen. Sagen Sie nur, ich hab' es so angeordnet! Und dann wäre noch bei meinem Herrn Chef zu beheben, was er sich an Einkommensteuer für mich erspart. Es muß auch eine runde Summe sein. Also wenden Sie sich mit Gottes Hilfe ruhig an diese Herren, die meine laufenden Wahlspendebeiträge verwalten, und sollte es nicht langem, so fragen Sie bei der Genossenschaft Wige an, ob sie nicht aus dem Gewinn aus den Kohleneinfuhrscheinen etwas zu meinem Wahlfondskopfer beitragen möchte.

Vergelt's Gott nochmals für die vielen Wohltaten und mit den besten Wünschen für die Wahl Ihr ergebener I. D.

Weiter habe ich die Herrschaften damals nicht gewählt und kann ihnen darum nicht so schreiben. Aber denen, für die es zutrifft, die damals so dumm waren, denen empfehle ich das Briefformular. Ich überlasse es jedem ohne Umsatzsteuer.

Staatsanwälte und Polizei im Bunde mit den Schmugglern.

Washington, 18. Oktober. Die Untersuchungen in der großen Alkoholschmuggelaffäre führten zu überraschenden Ergebnissen. Man hat nunmehr zwei Bücher aufgefunden, aus denen hervorgeht, daß sieben angesehene große Banker, weiters führende Mitglieder der Küstenwachmannschaften, Staatsanwälte und die Polizei von New Jersey in die ganze Sache verwickelt sind. Laut den Aufzeichnungen in diesen Büchern hat die Schmugglerorganisation binnen sechs Monaten nicht weniger als zwei Millionen Dollars (ungefähr 70 Mill. Ks) verdient. Von den Leitern der Organisation wurden 23 Proz. dieses Betrages für sich einaffiert.

Hausherrengespräche.

Ein Leser schreibt uns:
In meiner Prager Schenke sitzen zwei Hundertkronenamer beim Smetanovskis pivo. Der Disput wendet sich von der Frage der gebundenen Kandidatenlisten langsam zum konkreteren Problem des Mietereinfuges zu.

„Dah Sie jetzt vor den Wahlen soviel Geld in das Haus stecken, Herr Poprsakel, verstehe ich nicht ganz. Bedenken Sie doch, wenn die verfluchten Sozialisten doch den Unfrigen paar Mandate abnehmen, dann können wir noch zehn Jahre warten, bis wir die achtfachen Friedensanfe kriegen.“

„Ich kann die Parade nicht länger so stehen lassen, lieber Herr Herr Poprsakel, sonst zahlst mir kein neuer Mieter den Zins. Diese dreifachen Neubauten machen einem doch Konkurrenz. Sag mir unlängst einer, dem ich eine finstere Kuchel mit einer Speis für 4000 Kronen offeriert hab, da nimmt er sich lieber um 6000 Zimmern und Küche in einem Neubau, als daß er mir für den Wucherzins in die Wanzengasse zieht. Na ich bin's dann doch um 3600 los geworden, aber man muß sich verflucht ärgern. Das Bagasch hat noch Ansprüche! Eigenen About! Wasserprüfung! Ich bin doch nicht narriß, daß ich den Volkshewiter noch solchen Komfort einricht.“

„Jetzt lassen's aber doch Pfaffade pagen und Vorhaus malen, lost Ihnen einen Hausen Geld und dann klebt vielleicht die Mieterkuch.“
„Das müssen mir noch die alten Mieter bezahlen, akkurat wie in manchen anderen zwei Häusern, was die Duzasbücher sind in der Fochová, dort muß ich doch schon früher renovieren, weil ich Kewernierfungen ohne Mieterkuch gebraucht hab. Haben alles die Herrn Mieter bezahlt. Da mach ich's jetzt genau so. Die alten werden's noch bezahlen, dann kommt die freie Zinsbildung und Räumigungsrecht, dann fliegen's und ich vermieß in der renovierten Parade die Zinse um 400 K.“

„Sie dürften doch aber den Mietern nicht aufrechnen, Herr Poprsakel, nach dem letzten Gesetz.“
„Aber ich... auf das Gesetz lieber Freund, damit kommt nicht weit, ich schreib's Ihnen vor, a Kienanngt haben's vor uns, kunnst Dir denken, wenn ich losbrüll, und die meisten zahlen's dann schon. Die wissen einen Dreck, was im Gesetz steht, für den Advokaten kam sie kein Geld und zu Gericht trauen sie sich allein nicht. Freilich paar solche Mistkerle kommen mir jedesmal mit dem Gericht. No streich ich halt die Forderung, Strafe hab ich noch nie bekommen. Die fliegen mir aber zuerst, denen werd ich das Gesetz schon auslegen!“

„No und was werden Sie aus den drei Buden dann herausholen, wenn wir wieder Herrn sind im eignen Haus?“

„Stecht kaum für die Mühe und den Ärger. Das eine wird mir halt so 20.000 tragen, aus den zwei andern hol ich heut schon 150.000 heraus, da werd' ich nicht mehr viel profitieren. Der Staat frist auch mit vom Vollen — na vielleicht können wir noch die Hebertwägung der Steuern erreichen — Hypotheken hab ich Gott sei Dank keine mehr, die hab ich abgekauft, weils ja entwertet waren. No eine schädliche Viertelmillion tragen mir die Buden. Wenn ich nicht meine Wirtschaft bei Petouš nach verpacht' hätt, könnt ich rein verhungern.“

„Jehesmaria, 't ist wahr, und keine Einsicht hat die Bagasch! Hallo! Franto, noch ein Schwarzes!“

Klassenlotterie.

Ziehung vom 18. Oktober.

- 200.000 K: 68.767.
- 80.000 K: 126.589.
- 10.000 K: 32.311, 136.233
- 5000 K: 37.223, 39.285, 46.988, 55.394, 65.893, 127.724, 165.506.
- 2000 K: 3008, 3172, 8434, 9559, 11.303, 11.349, 15.249, 24.697, 29.322, 31.067, 51.105, 55.094, 56.237, 59.360, 68.062, 69.985, 72.140, 77.153, 87.438, 90.543, 91.649, 93.055, 93.514, 97.667, 103.903, 107.327, 107.683, 108.379, 108.453, 112.804, 116.255, 117.374, 123.663, 144.776, 152.107, 152.917, 158.955, 161.871, 169.311.
- 1000 K: 2632, 2688, 3871, 5356, 6199, 13.494, 16.057, 18.129, 18.339, 18.528, 18.827, 19.436, 20.061, 22.419, 24.043, 29.751, 31.722, 34.072, 34.116, 40.430, 43.187, 45.579, 46.665, 48.623, 49.529, 50.461, 54.246, 56.261, 57.466, 65.675, 67.374, 68.798, 70.006, 75.324, 77.757, 78.626, 81.546, 81.780, 82.195, 83.750, 85.197, 88.766, 90.300, 96.455, 99.950, 102.169, 103.872, 107.493, 107.563, 108.477, 111.622, 111.949, 114.507, 114.848, 114.903, 119.661, 120.533, 120.591, 121.512, 125.209, 122.861, 123.776, 132.295, 133.339, 137.569, 138.807, 139.221, 140.162, 140.601, 145.808, 146.503, 147.169, 150.701, 151.800, 152.544, 152.832, 154.644, 157.476, 160.373, 162.323, 163.509, 172.054.

Zu zweiten Leipziger Schlachthaus-Prozess wurde am Donnerstag nach dreitägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Von den 16 Angeklagten wurden 14 zu zwei bis 16 Monaten Gefängnis verurteilt, und zwar wegen Diebstahl aus anstlichem Gewahrsam, Heberei und Betrugens gegen das Lebensmittel, und Fleischbeschaugeheft. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. — Die Angeklagten hatten seit Kriegsende bis Anfang März 1929 franke Lebern und tuberkulöse Därme gestohlen und in den freien Handel gebracht. Von der Sanitäts-Schlachthanstalt war das gekaufte Personal in Haft genommen worden. In der Hauptverhandlung widerriefen die Angeklagten ihre in der Voruntersuchung gemachten Aussagen. Der Staatsanwalt betonte, daß sich die Deffentlichkeit von der Größe der

Witwenfürsorge der Arbeiterregierung.

Wohrente für eine Million englischer Witwen.

London, 16. Oktober. (Fig. Draht.) Die Arbeiterregierung hat in Erfüllung eines ihrer hauptsächlichsten Wahlversprechen einen Gesetzentwurf fertiggestellt, der eine bedeutende Verbesserung der bisherigen staatlichen Witwenfürsorge darstellt. Der neue Entwurf wird ungefähr eine Million Witwen, die bisher von der staatlichen Unterstützung ausgeschlossen waren, in den Genuss einer wöchentlichen Rente von etwa achtzig Kronen setzen. Außerdem werden 20.000 Männer und 10.000 Kinder unter dem neuen Gesetz Vorteile genießen.

Auf Grund des neuen Gesetzes erhalten folgende Kategorien von Personen Anspruch auf Unterstützung: 1. Sämtliche Witwen zwischen 55 bis 70 Jahren, deren Gatten unter dem Gesetz vom Januar 1926 versicherungspflichtig gewesen waren, jedoch vor dem Inkrafttreten des begangenen Durchstreichens keinen Begriff machen konnte. Man erhob dies daraus, daß ein Angeklagter durch den Leber- und Darmhandel etwa 300 bis 350 Mark Nebenverdienst in Monat hatte. Alle Angeklagten behaupteten, sie hätten auf dem Leipziger Schlachthof tun und lassen können, was ihnen beliebte. Das alles war möglich unter der Leitung eines bürgerlichen Stadtrates.

Ein Kaspar Haufer in Gflland. An den Fall Kaspar Haufer erinnert ein Vorfall, der sich in einem eifandischen Dorf des Kreises Wefenberg zugetragen hat. Seit langem hufierte das Gemüth, daß in einem Bauernhof bei Lakut ein Mensch gefangen gehalten werde. Die Nachforschungen der Polizei ergaben tatsächlich, daß in dem betreffenden Gehöft in einem kleinen vollkommen verschämten Bretterwerkstatt ein vollkommen verirrter Mensch haust, dem durch eine kleine Luze das Essen gereicht wurde. Bart und Haar waren seit Jahren nicht mehr geschneitten worden. Der Eingekerkerte starrte vor Schmutz und war der Sprache nicht mehr mächtig. Es stellte sich heraus, daß es sich um den 30jährigen Sohn des Bauernhepares handelte, der seit zehn Jahren von den Eltern gefangen gehalten wurde. Das Bauernhepar gab vor, wegen des Schwachsinn seines Sohnes zu der Maßnahme gekommen zu sein. Der Gefangene wurde in eine Irrenanstalt überführt. Die Eltern werden sich vor Gericht zu verantworten haben.

Vom Zug geräbert. Drei Antentier, die dem Alkohol allzu reichlich zugeprochen hatten, wetteten mit Bauern, daß sie vor der Station Waba die Züge zum Stehen bringen könnten. Tatsächlich stellten sie sich dem nächsten heranwachsenden Zug in den Weg und verhafteten ihn durch Winksignale zum Halten zu bringen. Vergebens! Der Lokomotivführer hatte in dem unübersichtlichen Gelände die drei zu spät bemerkt. Der Zug fausie über sie hinweg. Zwei wurden gerammt, der Dritte mit tödlichen Verletzungen zur Seite geschleudert.

Ein Schauspieler auf der Bühne irrsinnig geworden. In einem Pariser Theater wurde durch vier Wochen das amerikanische Jugstüd „Der haarige Affe“ aufgeführt. Es ist eine Dramatisierung der bekannten Tarzan-Geschichten. Das Stück ist unterwertige Dudenware, aber es bietet ein paar Schauspielern dankbare Rollen. Besonders der Darsteller des Affen hat Gelegenheit, sich durch glänzende Tierpsychologie hervorzuheben. Der Schauspieler, der mit dieser Aufgabe betraut war, wuchs so sehr in seine Rolle hinein, daß dieses Einstwerden von Mensch und Schauspieler schließlich zu einer Katastrophe geführt hat. Gerade in der fünfundschwanzigsten Aufführung kam das Verderben. Der Darsteller des Affen war kaum auf die Bühne getreten, als er die tollsten Sprünge begann und schließlich in den Zuschauerraum jagte, wo er allerlei wahnwitzige Kapriolen ausführte. Man hielt das zuerst für einen Scherz, als aber der „Affe“ auch unartikulierte Laute ausstieß und Leute aus dem Publikum mit Bissen zu bedrohen begann, erkannte man den Ernst der Situation. Das Theaterpersonal eilte herbei und nahm den Rasenden nach hartem Kampf fest. Man brachte ihn in ein Sanatorium, wo festgesetzt wurde, daß der Schauspieler irrsinnig geworden ist.

Das Genid gebrochen. Der 20jährige Klempnergehilfe Wilhelm Stabala aus Lubatschowitz, der auf einem Neubau der Grube „Ignay“ in Mähr.-Ostau-Marienberg beschäftigt war, stürzte durch den Aufzug, mit dem das Baumaterial in die Höhe befördert wird, aus einer Höhe von 23 Metern zu Boden, wobei er sich das Genid brach und tot liegen blieb.

Ein Unglückschacht. Auf der Beche „Lothringen“ bei Bochum wurden zwei Bergleute auf dem Wege zum Schacht von hereinbrechenden Gesteinsmassen verschüttet. Erst nach längerer Arbeit gelang es, die beiden Verschütteten zu bergen. Sie hatten aber so schwere Verletzungen erlitten, daß sie bald darauf starben. — Auf derselben Schachtanlage verunglückte ein Bergmann dadurch, daß er bei der Bedienung des Stapelkorbes in den Stapel-Bremsschacht stürzte, wobei er den Tod fand.

Die Bombe in der Kiste. „Petit Parisien“ meldet aus Narbonne, daß in einem dortigen kleinen Lebensmittelgeschäft Donnerstag abends eine Bombe explodierte, die sich in einer Kiste befand. Die Geschäftsfrau war auf der Stelle

jetes gestorben sind. 2. Männer, die zurzeit des Inkrafttretens des Gesetzes vor 1926 wegen ihres Alters nicht mehr versicherungsberechtigt waren. 3. Sämtliche 70jährigen Witwen ohne Rücksicht auf Ansfähigkeit oder Nationalität. 4. Witwen über 55 Jahren, deren Kinder Unterstützung erhalten, bis zum 16. Lebensjahre des jüngsten Kindes. 5. Der Anspruch auf Unterstützung für Kinder wird auf Stiefkinder ausgedehnt.

Die Kosten dieser Erweiterung der Witwenunterstützung wird auf 1600 Millionen Kronen im Jahre 1930/31 veranschlagt und eine Steigerung auf 2740 Millionen Kronen im Jahre 1945/46 erfahren haben. Der Gesetzentwurf soll dem Parlament zum 31. Oktober, dem ersten Sitzungstage nach Beendigung der Sommerferien, unterbreitet werden und im Falle der Annahme durch das Parlament am 2. Januar in Kraft treten.

tot und eine zufällig gerade im Laden antwefende Käuferin wurde schwer verletzt. Man nimmt einen Raubakt an.

Eindreher erbeuten 140.000 Mark. In der Nacht auf Freitag drangen Geldschrankeindreher in die Geschäftsräume der Baufirma Bostwa und Knauer in der Berliner Mohrenstraße ein. Die Eindreher schweißten einen älteren Schrank, der im Lohnbüro stand, kunstgerecht auf, nahmen die für Lohnauszahlung am Freitag bereitgestellten Lohnkuberts heraus und begaben sich damit, wahrscheinlich, weil es im Zimmer durch die Schweißarbeit zu heiß war, einen Stock tiefer in ein Zimmer, wo sie in aller Ruhe am Tisch Platz nahmen. Die Lohnkuberts wurden aufgeriffen und das Papiergeld herausgenommen. Sartaed liehen sie zurüd. Auch Beutel mit Silbergeld, die im Schrank standen, haben sie gar nicht berührt. Sie erbeuteten ungefähr 140.000 Mark. Nach Spuren, die man gefunden hat, scheinen die Eindreher von einem Hause in der Taubenstraße, das unbewacht ist, hereingekommen zu sein. Es ist anzunehmen, daß sie in den Morgenstunden durch das Haus in der Taubenstraße auch hinausgegangen sind. Nur wertvollstes Werkzeug haben sie mitgenommen.

Angeklagte und Zeugen in Ketten. In Rant es beginnt demnächst ein großer Prozeß, zu dem 33 Angeklagte und Zeugen aus der französischen Strafkolonie Guahana in Ketten nach Frankreich gebracht wurden. Von diesen 33 Bagnostrafingen sind mehrere beschuldigt, vor etwa einem Jahre den früheren Deputierten Jean Galmot durch Gift umgebracht zu haben oder an dem Morde beteiligt gewesen zu sein, andere werden als Zeugen einvernommen. Galmot hat kurz vor seinem Tode behauptet, daß seine Feinde die Sträflinge angeklagt hätten, ihn zu töten, und daß es sich um einen politischen Mord handle. Galmot, der Sohn armer Eltern, war zuerst Journalist gewesen und wandte sich dann dem Handel mit französisch-Bestindien zu, durch den er sich ein großes Vermögen erworb. Die Kolonie Guahana entfandte ihn in die Deputiertenkammer. Er gründete ein Verlagshaus und hatte selbst als Schriftsteller einigen Erfolg. Er wurde dann in einen Betrugsprozeß verwickelt und in die Strafkolonie Guahana geschickt. Schon damals behaupteten seine Freunde, daß er das Opfer politischer Ränke geworden sei. Im November vorigen Jahres kam die Nachricht, daß Galmot in Guahana vergiftet worden sei. Es gelang seinen Freunden, die französischen Behörden zur Untersuchung zu veranlassen, und es wurde tatsächlich eine Anzahl Personen verhaftet, die jetzt in Rantes ihrer Verurteilung entgegensehen. Man kann von dem Prozeß einige Ueberzahlungen erwarten, wenn es sich bewahrheitet, daß Galmot das Opfer politischer Intrigen geworden ist.

Auf der Suche nach dem geraubten Kinde. In Falkenau a. d. E. wurde letzte Woche eine Zigeunerin mit einem Kinde angehalten, das nicht ihr eigenes sein kann, da es nicht die gewöhnliche dunkle Hautfarbe der Zigeuner aufweist und auch sonst artischen Typus aufweist. Es wurde daraufhin der Vater der seit Juli aus Turn abgängigen Martha Fischer nach Falkenau berufen, der in dem aufgegriffenen Kinde sein eigenes Blut nicht erkennen konnte. Der Bauernswerte Mann sucht nun seit Monaten schon auf zahlreichen Reisen des verlorenen Kindes, ohne die geringste Spur auffinden zu können. Obwohl das Turner Polizeikommissariat eine Belohnung von 1000 Kronen demjenigen zusichert, der Angaben bringt die zur Auffindung des Kindes führen.

Ein Auto rennt in eine Deichsel. In der Nähe von Gran ereignete sich am Donnerstag ein schweres Automobilunglück. Ein Personenkraftwagen fuhr gegen einen mit Pferden bespannten Wagen, dessen Deichsel das Automobil durchbohrte. Eine Person wurde auf der Stelle getötet, während eine schwer und zwei weitere leichter verwundet wurden.

Ein neuer Betriebsstoff für „A 101.“ Der englische Luftfahrtminister Lord Thomson sprach Donnerstag abends im Institut der Maschinenbau-Ingenieure über das britische Luftschiff „A 101“. Der Minister erklärte, die Sachverständigen des Luftfahrtministeriums hätten gefunden, daß die Motoren des Luftschiffes „A 101“ alle Erwartungen übertrafen. Großbritannien habe sich mit diesem seinen Luftschiff an die Spitze der ganzen Welt gestellt, da für die Motoren ein Betriebs-

stoff verwendet werde, der sich erst bei etwa 100 Grad Celsius entzündet und der noch bei 31 Grad Celsius unter Ruß in genügend flüssigem Zustande ist. Dieser Betriebsstoff gebe bei gleichem Gewicht wie die von anderen Luftschiffen verwendeten Betriebsstoffe dem Luftschiffe einen um 25 Prozent größeren Aktionsradius, wobei er nur auf ein Fünftel des Benzinspreises zu stehen kommt.

Auch Panzerwagen helfen nichts mehr. Die New Yorker Polizei teilt mit, daß bewaffnete Räuber einen Panzerkraftwagen mit 63.000 Dollars Inhalt (etwa 2 Millionen K) am unteren Broad. weg gestohlen haben. Einzelheiten über den fähnen Raub am hellen Tage werden während der Anfangsuntersuchung geheingehalten.

Perlenliebhaber. In einem Londoner Juwelengeschäft in der Regentstreet entwendeten unbekannt Täter ein Perlenhalsband mit 71 echten Perlen im Werte von 6000 Pfund Sterling, d. i. ungefähr 1 Million K.

Duell mit Messern. In der Gemeinde Martynovce im Bezirke Rutadeo (Karpatenrußland) fand dieser Tage ein Messerduell zwischen dem Landwirt Stefan Mitrovic und seinem Nachbar Stefan Gasticov statt, der Mitrovic seine Frau abspenstig gemacht hatte. Bei dem Zweikampf wurde Mitrovic tödlich verletzt. Er starb im Krankenhaus von Rutadeo.

Der Antischimmel in Amerika. Vor rund 80 Jahren kam Frau Clara Wefen, damals noch ein Widdelind, aus Schweden nach den Vereinigten Staaten. In jener Zeit kümmerten sich die Einwanderungsbehörden noch nicht so eingehend um die persönlichen Angelegenheiten der Einwanderer, wie dieses heute der Fall ist. Niemand legte ihrem Vater nahe, das Kind naturalisieren zu lassen, um so mehr, als Miß Wefen nach zwei Jahrzehnten einen Amerikaner heiratete, der in den Reihen der Nordstaaten den Bürgerkrieg mitgemacht hatte. Erst ganz kürzlich wurde die alte Dame eines anderen belehrt. Eine Behörde hatte zu ihrem Entsetzen entdekt, daß die Greisin niemals naturalisiert worden war. Nach dem Buchstaben des Gesetzes drohte ihr die Ausweisung. Man wollte mit ihr aber, da sie schon fast acht Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten lebte, eine Ausnahme machen, wenn sie sich noch nachträglich der Einwandererprüfung unterwerfen und naturalisieren lassen wollte. Der alten Dame blieb nichts anderes übrig, als ja zu sagen — und so bestand sie unlängst die Einwandererprüfung mit ihren mehr oder minder geklärten Fragen in einem Bande, zu dessen Einwohnern sie bereits seit acht Jahrzehnten zählt.

Merkwürdige Zeremonien beim Begräbnis einer Zigeunerin. In der Umgebung von Leeds leben Mitglieder eines Zigeunerstammes, der seine Geschichte auf viele Jahrhunderte zurückführt. Als unlängst eine junge 24jährige Frau aus diesem Stamme starb, wurde ihr ein Begräbnis nach den alten Riten bereitet. Ihr gesamtes Eigentum, für mehr als 40 Sterling an Wert, wurde auf einem freien Plage zusammengetragen und dort mit Aufschlag von Schmutzgegenständen verbrannt. Der Gedanke, der dieser Vernichtung des Eigentums zugrunde liegt, ist, den überlebenden Gatten zu verhindern, über den erlittenen Verlust nachzudenken und zu vermeiden, daß er durch die Gegenstände, die der Verstorbenen gehört haben, immer wieder an den Verlust erinnert wird.

Der mißverständliche Hochzeitsglückwunsch. Eine eigenartige Episode störte neulich die frohe Stimmung auf einer vornehmen Hochzeit in Birmingham. Die glückliche Braut erhielt von einem Londoner Pastor, einem guten Freunde der Familie, ein Glückwunschtelegramm folgenden Inhalts: „Ev. Johannis 4. 18.“ Man blätterte interessiert in der Bibel nach der betreffenden Stelle und las zum größten Entsetzen der versammelten Festgäste den Text: „Fünf Männer hast Du gehabt, und den nun Du hast, der ist nicht Dein Mann.“ Vor Schreck fiel die Braut in Ohnmacht; eine derartige Gratulation hatte sie wirklich nicht erwartet. Zwei Stunden später aber wurden die Gemüter durch eine Berichtigung beruhigt: der glückliche englische Postbeamte teilte mit, daß er „das erste Telegramm verstimmt nach Birmingham geleitet habe. Der vollständige Text müsse heißen: „I. Ep. Johannis 4. 18.“ Abermals wurde die Bibel hervorgeholt, und erleichtert las man das Zitat: „Furcht ist nicht in der Liebe.“

Fünzig Dollar jährlich für „Schönheitspflege“. Der Verband der amerikanischen Kosmetiker hat die im höchsten Grade weltbeglückende Tatsache festgestellt, daß rund zwanzig Millionen Bürgerinnen der Vereinigten Staaten ständig den Lippenstift benutzen. Mit dem im Verlauf eines einzigen Jahres auf diese Weise verplemperten Farbmateriale könnte man sämtliche Willen des Filmborobos Hollywood rot anstreichen. Ferner hat derselbe Verband den Durchschnittsverbrauch der Amerikanerinnen an kosmetischen Mitteln statistisch erfasst und freudig registriert, daß auf jedes vorbildlich „zu rechtgemachte“ Frauenantlitz jährlich nicht weniger als fünfzig Dollar entfallen. Diese haarsträubend hohe Ziffer (man bedenke, daß die Friseurspesen nicht mit eingerechnet sind) wurde von der statistischen Abteilung des Handelsministeriums zu Washington beglaubigt. Wogu man die amerikanischen Ehemänner nur von ganzem Herzen beglückwünschen kann.

Das Gefängnis als Spekulationsstätte. Die Frau des amerikanischen Rechtsanwalts Wilson, die vor ungefähr einem halben Jahre in einem aufsehenerregenden Prozeß wegen Gattenmordes zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, hat durch geschickte Spekulationen, die sie vom Gefängnis aus betrieb, an der New Yorker Börse in der Zeit ihrer Haft ungefähr eineinhalb Millionen Mark verdient.

Meuterei auf einem Dampfer. Auf dem im hiesigen Hafen Kolding liegenden schwedischen Dampfer „Braxit“ überfielen zwei betrunkene Matrosen den Kapitän und zwei Offiziere und misshandelten sie, weil ihnen ein Vorstoß verweigert worden war. Die Hafenpolizei konnte rechtzeitig einschreiten und die Missetäter festnehmen. Sie wurden per Schub nach Schweden transportiert, wo sie wegen Meuterei abgeurteilt werden sollen.

Eine Lebendretterin ertrunken. In Noordmond (Holland) ertrank ein vierjähriges Mädchen bei dem Versuch, einen gleichaltrigen Anaben, der in die Waag gefallen war, zu retten. Der Knabe konnte ohne ernstliche Schädigung geborgen werden.

Der Bund der Kriegsverletzten bringt zur Kenntnis, daß der vom Zentralverband der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen in Prag durchgeführte Kalenderverkauf mit der Organisation der deutschen Kriegsverletzten, dem Bund der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen, Sig Reichenberg, nichts zu tun hat.

Kampf den gewissenlosen Autofahrern!

In immer größerer Zahl machen gewissenlose Autofahrer insbesondere die Hauptstadt Prag unsicher. Die Polizeikorrespondenz hat fast täglich größere oder kleinere, durch Autofahrer hervorgerufene Verkehrsunfälle zu verzeichnen, fast täglich begegnet man Menschenanmeldungen wegen irgend eines Zwischenfalls beobachtet man, wie wilde Autofahrer nur im letzten Augenblick, etwa durch gewaltsames Bremsen der elektrischen Straßenbahn, oder durch geistesgegenwärtiges Zurückspringen von Passanten sich nicht schwerster Verbrechen an Menschenleben schuldig machen. Am Donnerstag ist wieder ein Kind einem solchen Autowildling zum Opfer gefallen, wurde beim Überqueren einer Straße in Lieben durch ein Lastauto zu Boden geworfen und getötet. In diesem Falle wurde der Chauffeur, der das Unglück durch zu schnelles Fahren verschuldete, verhaftet. Im Lieben hat man aber leider keineswegs den Eindruck, daß die Prager Polizisten sich den Autofahrern gegenüber als Hüter der öffentlichen Sicherheit fühlen. Man kann jahrelang in Prag leben, ohne ein einziges Mal einen Wachmann dabei „betreten“ zu haben, wie er einen Autowildling stellte, dagegen kann man es zuweilen erleben, daß die Herren Wachleute sehr deutlich die Augen zudrücken, wenn es sich darum handelt, die Lenker der Kraftwagen wegen Umgehung der Verkehrsbeschränkungen sicherzustellen.

Der einzelne Passant ist machtlos. Hat er sich mit einem Sprung vor dem Tode gerettet, so braucht er eine kleine Weile, bis er, wieder bei vollem Bewußtsein, auch nur daran denken kann, den gewissenlosen Fahrer zur Verantwortung ziehen zu lassen und der ist natürlich mittellos. Selbsthilfe ist da also fast nie möglich. Um so notwendiger erhebt es uns allgemeiner Kampf der Öffentlichkeit gegen diese Gefahr und das Mittelste wäre, daß jeder Autofahrer, der bei zu schnellem Fahren betreten, geknietweie denn der, der ein Unglück angerichtet hat, in der denkbar schärfsten Weise bestraft wird. Wir brauchen zuerst nicht, wie es die Chauffeurvereinigungen wünschen, dem modernen Schnellfahrbedürfnis angepaßte Verkehrsbeschränkungen, sondern eine Polizei, die hier (andernorts ist sie es ja) auf dem Platz ist und strengste Strafen gegen Leichtsinns und Gewissenslosigkeit!

Abendliches Straßenbild.

SD. Die Türen der Wirtschaftshäuser stehen offen. Die Stimmen der Gäste schallen laut und hoch heraus auf die Straße. Ihr kleines Guthaben an Frohsinn wechselt mit den Groschen und ertrinkt in Bier und Schnaps. Manchmal schleicht sich ein ärmlich gekleidetes Weib, die Frau eines Trinkers, an die offene Tür und späht hinein in den tobenden Lärm, zwischen dem auf grauen Rauchschwaden Lichter schweben wie schaukelnde Bejen im Meere.

Doch laßt uns dieses Bild mit rascher Geste hinwegwischen! Draußen irgendwo will der Tag noch hell und leichtfüßig über die Stoppeln laufen, da jagen sich die Blätter am Waldes. Hier in der Stadt senkt sich die Dunkelheit schon breit über den Straßendamm. Die Lichter auf den Baudukten der Hochbahn brennen das hellere Grau des Him-

Sumpflüthe Hakenkreuz.

Neue Enthüllungen über die Hitlerpartei.

Ein Herr Friedrich aus Karlsruhe, der sich noch im Frühjahr d. J. in Sachsen als Agitator für die Nationalsozialisten und als Sozialistenfresser die großen Hitler-Sporen verdienen wollte, hat sich inzwischen eines anderen besonnen und eine Broschüre „Unter dem Hakenkreuz“ herausgegeben, in der er sich über seine ehemaligen Parteigenossen alles eher denn lobend ausdrückt.

Man erfährt aus seiner Broschüre allerdings Erbauliches über die inneren Zustände in der Hitler-Partei, in die ja erst vor kurzem ein auch von uns besprochener Brief des Kapitanleutnants Mücke, der gewisse Beziehungen Hitlers zu einem reichen sächsischen Fabrikanten namens Rutschmann aufdeckte, ordentlich hineingeleuchtet hat. So heißt es auf Seite 8 der erwähnten Broschüre:

„Wo ich hinkam, nach Eiben oder Norden, Osten oder Westen, überall das gleiche: Korruption innerhalb der Führung, überall die gleichen Verhältnisse wie in Baden in der Zeitung. Keiner kann innerlich den anderen ausstehen. Jeder O.G.-Führer und zum Teil auch Bezirksleiter mit Gauleitern sorgt nur für sich. Kein Mitglied darf wissen, was eingeht. Keiner darf sich für die „Geschäftsführung“ interessieren. Die geht einem Mitgliede überhaupt nichts an. Wird gerügt, daß die „Herren“ fast überall, wie auch in Baden, bis nachts drei Uhr in den feinsten Kneipen, sogar Juden-Cafés, herum sitzen, so wird der Kritiker auf das „rote Glas“ geschoben und bei passender Gelegenheit hinausgeschmissen. Das ist der Nationalismus in Reinkultur, wie er beim größten Teil der Führer gepflegt wird. Eine Folge auch davon, daß viele junge Blüthen die Sache in der Hand haben und Herrchen mit klingelndem Namen. Andere, die diese „Jugenden“ nicht aufweisen können, werden ja gar nicht anerkannt!

Dr. Goebbels, Berlin, ist vor allem einer von denjenigen, die grundsätzlich behaupten, daß in einem revolutionären Kampf die Arbeiter keine Führerrolle übernehmen dürfen, da diese nur den Arbeiterführern zusteht.

Daher kommt auch in letzter Zeit der Erfolg der Bewegung in den verschiedenen Universitätsstädten, weil die gezeichneten „Führerpersönlichkeiten“ den zum Teil sehr verdienstlichen kühnenden Bourgeois-Söhnen vorkommen, daß gerade sie die Auserwählten und geborenen Führer für das dritte Reich seien. Darau-

schon kann jeder Arbeiter ermessen, wie es im „dritten Reich“ aussehen wird...!

Über auch über die segensreiche Tätigkeit der Hakenkreuzler als „Vertreter der Arbeiterinteressen“ gibt der ehemalige völkische Agitator einen Aufschluß. Worauf es dabei besonders dieser Partei ankommt, dazu erklärt der Verfasser der Broschüre folgendes:

„Das Kapital spielt da eine auffallend große Rolle. Andererseits wird es aufs entschiedenste zurückgewiesen, daß die NSDAP. aus nationalen Kapitalistenkreisen finanziert werde. So sei noch nie gelungen, den Beweis anzutreten. So wieder in einem Artikel in Nr. 191 des „Völkischen Beobachters“.

Nun will ich aber den Beweis antreten, daß die NSDAP. tatsächlich Bettelbriefe ans Großkapital geschrieben hat:

Die Gauleitung Sachsen der NSDAP., Gauleiter Spitzenfabrikant Martin Rutschmann (bekannt durch die Mücke-Briefe), sandte an sämtliche ihm in Sachsen bekannten nationalen Kapitalistenkreise, Fabrikanten, Direktoren, Bergwerksbesitzer und sonstigen Geldleute, unter dem 19. April 1929 datiert, Bettelbriefe um Geldspenden (Wahlbeitrag). Der zweitletzte Satz dieses Briefes lautet: „Wir hoffen bestimmt, daß Sie die Bedeutung unserer Aufgabe voll und ganz erkennen und uns Ihre Unterstützung nicht versagen werden.“

Nun wird es wohl manchen Parteigenossen klar werden, warum Adolf Hitler vor der Gruppe Rutschmann Kapitulationen mußte und warum er den Kleineren, v. Mücke, im Stiche ließ. Weiter betone ich hier zur Klärung meiner aus dem marxistischen Lager zur NSDAP. gekommenen Parteigenossen, daß nicht nur „national“ denkende Fabrikanten Adolf Hitlers Bewegung finanzieren, sondern auch Führungskräfte aus dem Haus Hohenzollern-Doorn, u. a. Prinz Wilhelm von Preußen überreichte vor nicht zu langer Zeit dem Gauleiter Voepel, Hauptmann a. D., einige Scheds, die Hauptmann Voepel durch die Reichsbank weitergab.

Auch in Baden gibt es solche Geldquellen, die Besuche Reichingers in München, die sehr häufig sind, haben ihren Grund. Der Parteilädel der NSDAP. hat einen unergründbaren und unkontrollierbaren Boden.“

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Zwidauer Textilarbeiterverband in Nöten.

Wie wir erfahren, hat der Verbandstag des Zwidauer Textilarbeiterverbandes die Beiträge um 40 Heller und Marke erhöht. Außerdem erfahren wir, daß an die Ortsgruppe ein Zirkular gerichtet wurde, daß trotz der Beitrags-erhöhung um 40 Heller der Staatsbeitrag in Zukunft nicht ausbezahlt werden darf, weil der Staat ihnen die Beiträge nicht refundiert. Aus diesem Zirkular geht jedoch hervor, daß es immer noch Gruppen gegeben hat, die sich den Weisungen der Zwidauer Zentrale nicht gefügt haben und den Staatsbeitrag immer noch auszahlten. In diesem Zirkular wird nun die Auszahlung des Staatsbeitrages direkt verboten und falls dennoch Gruppen aus eigenen Mitteln den Staatsbeitrag bei Arbeitslosen zur Auszahlung bringen, darf derselbe nur gegen Revers ausbezahlt werden. In diesem Revers muß sich das Mitglied verpflichten, sobald es irgendwo eine Beschäftigung erhält und wieder in Arbeit steht, diesen Staatsbeitrag an die Organisation zurückzahlen. Wahrscheinlich besteht die Absicht, gegen saumige Zahler dann gerichtlich vorgehen zu wollen, denn sonst wäre ein Revers nicht notwendig.

Aus diesem Zirkular geht aber auch hervor, daß der Verband finanziell in Nöten ist. Nachdem von den Volkshelven gerade jetzt zur Zeit einer verschärften Arbeitslosigkeit, besonders in

Wollen Sie stets trockene u. warme Füße bewahren?

Tragen Sie einzig

Schuhe mit Sohlen
von
echtem Plantagengummi

Die Plantagen-Cropsohle ist unvorwüllich, leicht, elastisch, wasserdicht und schließt Ermüdung aus.

Verlangen
Sie Schuhe mit Plantagengummi
in jeder Schuhniederlage.
The Rubber Gowers Association
London.

Nordböhmen, aber auch im ganzen Staatsgebiete diese Verfügungen getroffen wurden, sind die irreführten Mitglieder des Zwidauer Verbandes zu bedauern. Im Friedländer Bezirke werden ganze Betriebe stillgelegt, im Reichenberger Bezirk werden Waffentilligungen vorgenommen, so daß die Zwidauer Mitglieder nun in der größten Not auf die large gewerkschaftliche Unterstützung ohne Staatsbeitrag angewiesen sind. Wir sind der Ansicht, daß sich der Zwidauer Verband finanziell überhaupt nicht mehr erholen wird und daß es am klügsten wäre, wenn die irreführten Mitglieder zur Union der Textilarbeiter zurückkehren würden.

I. Kongreß der Gastgewerbe angeestellten

Zweiter und dritter Verhandlungstag.

Die Beratungen des zweiten Kongreßtages begannen mit einer lebhaften Debatte über das Referat des Kollegen Sandner-Reichenberg „Die Frauennarbeit im Gastgewerbe“, an der sich die Kollegen Ströblinger-Berlin, Scharing-Karlsbad, Wenzel, Ehot-Prag und Komenda-Wien beteiligten. Das Ergebnis dieser Diskussion findet seinen Ausdruck in einer einstimmig beschlossenen Resolution, die die Forderung ausstellt, den Organisationsgedanken auch in die Reihen der weiblichen Angestellten im Gastgewerbe zu tragen und die Gesetzgebung zu beeinflussen, daß für die weiblichen Angestellten entsprechend ihrer körperlichen Konstitution und der zahlreicheren Geschlechtsmomente besondere Schutzgesetze geschaffen werden.

Kollege Lehner erstattete sodann zwei Referate über die Entlohnungsreform und über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Gastgewerbe. Die ersten Nachmittagsstunden waren der Diskussion über beide Referate gewidmet, worauf Kollege Fister-Bodenbach ausführlich über die Stellungnahme zur Regelung der Arbeitsvermittlung berichtete.

Der dritte und letzte Tag des Kongresses brachte noch einige bedeutsame Referate: Koll. Ströblinger-Berlin sprach über die Bedeutung der Berufsinternationale und die Freizügigkeit im Gastgewerbe, Koll. Komenda-Wien berichtete über den Aufbau der österreichischen Bruderorganisation und Koll. Weigel von der J.G.R. Reichenberg erörterte das Wesen der sozialpolitischen Gesetzgebung in der Tschechoslowakei. Alle drei Referate wurden ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Die Schlußverhandlungen des Nachmittags ergaben noch eine lebhafte Debatte über die organisatorische Zusammenfassung der Angestellten im Gastgewerbe, die als eigene Sektion unter voller Wahrung ihrer besonderen Interessen und Rechte im Zentralverband der Arbeiter in der Lebens- und Genussmittelindustrie den Anschluß an die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft vollzogen haben. Um halb vier Uhr schloß Koll. Lehner als Vorsitzender mit einem Rückblick auf den Verlauf der Verhandlungen und mit anfeuernden Worten den an ernster Arbeit so reichen ersten Kongreß.



Beleuchte besser!
Licht im Haushalt gibt Arbeitsfreude
Innenmattierung-
der letzte große Fortschritt.

OSRAM



Befrage die Osram-Verkaufsstellen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für ihre Augen

besorgt Optiker Deutsch, Prag. Palais Koruna. 1332

Die Migräne ist eine zeitweilige Indisposition, die am häufigsten Damen befällt, eine Gemütsstörung durch geistige oder körperliche Übermüdung...

Kunst und Wissen.

Von der Deutschen Musikakademie. Das Unvermögen des Prager Deutschen Volksbildungvereins „Urania“, Konzerte im eigenen Wirkungskreis zu veranstalten...

Erstaufführung „Trio“. In der Kleinen Bühne für nächste Woche die Premiere des Lustspiels „Trio“ von Leo Venz in Vorbereitung.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag: Uraufführung unter musikalischer Leitung des Komponisten, Gastspiel Emma Sturm 7 Uhr...

Unter musikalischer Leitung des Komponisten, Gastspiel Emma Sturm „Die Erste Beste“, Montag Gastspiel Alpar, de Garma, Reinhardt 7 Uhr...

Spielplan der Kleinen Bühne. Samstag: Festvorstellung des Deutschen Dilettanten-Vereins, Sonntag, 3 Uhr: „Prosit, Gips!“; 4 1/2 Uhr: „Beekend im Paradies“...

Sport • Spiel • Körperpflege

Armer Zbarzky!

Das Ende eines Fußball-Professionals. Man erinnert sich wohl noch an den ehemaligen Mittelstürmer von Slovan Wien, den Tschechen Zbarzky...

Mit der Unfallversicherung scheint es also in den Profivereinen nicht weit her zu sein. Der Verband versichert die Spieler nur, wenn sie in Länderspielen tätig sind...

Die Spalter rutschen überall ab.

Auf der Vorstandskonferenz des Arbeiterfußballbezirks Dresden referierte am Sonntag der Geschäftsführer Ott vom Leipziger Fußballbezirk über „Die Lage im Bund“...

Auf der am gleichen Tage in Gornsdorf stattgefundenen Fußballvereinsvorstandskonferenz des Bezirks Erzgebirge referierte der Vorsitzende des Leipziger Fußballbezirks Meißner über die Lage im Bund...

Die Spalter haben sich bei den sächsischen Arbeiterfußballspielern verrechnet. Den sächsischen Arbeiterfußballspielern geht Organisa-

tionstreue über die kommunistische Parteiparole.

Der 5. Lauf quer durch Prag entlang der Moldau, veranstaltet wie alljährlich von der Vereinigung sozialistischer Pfadfinder, findet am Sonntag, den 20. Oktober, statt.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Dienstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus wichtige Bezirksleistungssitzung.

Jugendbewegung.

Soz. Jugend, Prag. Sonntag, den 20. Oktober, Ausflug ins Sazavatal. Treffpunkt halb 8 Uhr im Erdstall der 17er- und 12er-Gleisflächen in Brank.

Der Film.

Die weiße Hölle vom Bix Palä.

Regie: Dr. Arnold Fand und G. W. Pabst.

Unter den deutschen Filmregisseuren ist Dr. Arnold Fand eine ganz einzigartige Ausnahme. Er kennt keine Konjunktur und keine Konzession an das Geschäft, er kennt keine Moden...

Größten, das fand bisher (auf; sie sind eine ganzig-herrliche Symphonie in Weiß, ein betörend schönes tragisches Märchen der Wirklichkeit.

Was gibt es auch in diesem Film wieder. Unzähligen, die dem erfahrenen Alpinisten unwahrscheinlich vorkommen werden: aber sie mindern am nichts den überwältigenden Eindruck des Films.

Die Photographen Sepp Allgeier, Hans Schneberger und Richard Angst gehen liebevoll auf die Bildideen Fands ein. Sie drehen jede noch so geringfügige Einzelheit mit der größten Sorgfalt.

Programm der Prager Lichtspielbühnen.

- Urania (deutsches) Kino: „Ihr dunkler Punkt.“ — „Die Flucht vor der Liebe.“
Libo: „Cagliostro.“
Alma: „Die geheimnisvolle Nacht von Singapore.“

Die gesperrt gedruckten Filme können empfohlen werden.

Herausgeber: Dr. Rudwin Czech.
Chefredakteur: Wilhelm Krichner.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauch.

Von Nachtmahren und Vampiren.

(Schluß.)

Ein seltsamer juristischer Fall hat sich im vorigen Jahrhundert in Polen ereignet. Dort stand eine Wadg unter dem Verdacht des Kindesmordes vor Gericht.

Den Tod durch Alptrache erklärte die Sage mit dem oft augenblicklich öftenden, zitternden Gewicht des Alps und sagt, daß der Mensch nur eine gewisse Zahl solcher Nächte zu ertragen vermag.

Es wird vom romantischen „Wildfräulein“ erzählt, das seinen todbringenden Gürtel dem ungetreuen Geliebten schenkt — von der „Lamie“, die mit einem eisernen Rohr Blut saugt...

Verstorbenen, der sich durch Liebe oder Haß beunruhigt fühlt, der geheimnisvolle Trieb zum Leben neu erwacht, man könnte fast sagen: die rufenden, fragenden, fordernden Wünsche der Lebenden wecken ihn...

Wer die Toten stört, ist seiner Gewalt preisgegeben, nicht nur ungelöste Versprechen und ungeführte Schuld brauchen der Grund zu sein, es genügt oft schon zurückgehaltenes Eigentum des Verstorbenen...

In Rußland gibt es einen Totengänger namens Mjertowjcz, der bei den liebenden Mädchen die Rolle des gestorbenen Bräutigams spielt.

„Herren von Bassompierre“ und die Familie derer von Lützenau, die ihre Abkunft von den Toten herleiten. So berichtet die geschäftige Drama von hingeshiedenen Frauen...

Slawische Sagen kennen die Wile, die keiner nach der Verkunst fragen darf, außerdem die sonderbaren Verkörperungen ausgereifter Baumseelen, Wasser- und Wolkengöttinnen...

Aus dem Orient wird uns von den sogenannten Ghulen berichtet, wiewohlartigen Wesen, die dem Leichenfraß frönen und nachts auf den Kirchhöfen sich zum ersten Wahl zusammenfinden.

19. Jahrhundert erhalten. Wir besitzen aus den letzten Jahrhunderten genane Protokolle und Berichte mit allen nur möglichen Einzelheiten!

Der Vampir hält sich tagsüber verborgen im Grabe und scheint zu ruhen. Bei Einbruch der Nacht aber erwacht er zu schaurigem Leben; er lauert an Friedhöfen, in Waldungen und an einsamen Sträßen auf den Vorübergehenden...

Nicht nur alte Chroniken berichten darüber, sondern auch „gelehrte“ Referate neuerer Zeit! Als Mittel gegen den verschredenen Vampirismus wurde geraten, diesen entweder mit einem scharfen Spaten zu enthaupen, oder, besser noch, den Leichenam zu verbrennen.